MV WILL LEBEN!

WAHLPROGRAMM LANDTAGSWAHL MECKLENBURG-VORPOMMERN 2021

MV ABER NORMAL.

AfD

Präambel 8

1. Wirtschaft stärken: Aufschwung wählen! 10

Bürokratie verringern 12
Ländlichen Raum für Unternehmen attraktiver gestalten 12
Sonderwirtschaftszonen 12
Fördermittel gezielter und transparenter einsetzen 12
Freiwilligkeit statt Zwang 13
Neue Perspektiven für unsere Werften 13
Qualitätstourismus mit verbesserter Infrastruktur 13
Urlaubssaison verlängern 13
Gesundheitstourismus stärken 14
Keine Tourismussteuer 14
Bäderverkaufsverordnung und freie Ladenöffnungszeiten 14
Keine Flickschusterei bei öffentlicher Auftragsvergabe 14

2. MV will leben: Mehr Familienfreundlichkeit! 15

Für ein kinderfreundliches Mecklenburg-Vorpommern 16
Für das Wohl unserer Kinder auch in Pandemiezeiten 16
Baby-Begrüßungsgeld für MV 17
Landeserziehungsgeld - echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung 17
Qualität in Kindertagesstätten verbessern 17
Erzieherausbildung stärken 18
Tagesmütter fördern 18
Schutz ungeborener Kinder verbessern 18
Familienberatung stärken 19
Familienverträglichkeitsprüfung 19
Familiensplitting 19
Bessere Rente für Eltern 19
Pflegende Angehörige unterstützen 19

3. Schlüssel für die Zukunft: Exzellente Bildung! 20

Schule in Corona-Zeiten 21
Schulische Bildung 21
Lehrermangel und Unterrichtsausfall entgegenwirken 22

Studier- und Berufsfähigkeit herstellen 23
Mehrgliedriges Schulsystem erhalten 23
Wohnortnahe Grundschulen fördern, freie Schulen finanziell gleichstellen 23
Förderschulen erhalten 23
Polytechnik statt Gendergaga 24
Neutralität an Schulen sicherstellen - Beutelsbacher Konsens ernstnehmen 24
Digitale Medien im Unterricht sinnvoll nutzen 24
Keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen 25
Schulsanierung und -ausstattung haben Priorität - nicht erst seit Corona 25
Schülerticket und Verbundsystem 26
Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- oder Sozialkompetenz 26
Erfolgsrezept Duale Ausbildung 26
Kostenfreie Meisterausbildung 27
Hochschulen in MV 27
Hochschulautonomie stärken 27
Angebot von Fernstudiengängen ausbauen 28
Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften (MINT) fördern 28

4. Menschen helfen, Ehrenamt unterstützen: Für ein faires MV! 29

Selbstbedienung in Wohlfahrt und Sozialdiensten verhindern 30
Gerechte Rente für ein würdevolles Leben 30
Ost-Renten endlich angleichen 31
Vereine und Ehrenamt - gesellschaftliches Engagement stärken 31
Schülerengagement wertschätzen 31
Feuerwehrrente 31
Unterstützung von Menschen mit Behinderungen 31
Fehlanreize bei Kindergeldzahlungen ins Ausland beseitigen 32
Mindestlohn soll Dumping verhindern 32
Für eine leistungsgerechte Bezahlung 32
Das Potential älterer Arbeitnehmer stärker nutzen 33

5. Weniger Macht den Parteien: Mehr direkte Demokratie! 34

Demokratie und Meinungsfreiheit 35
Vereinfachte Volksinitiativen für Gesetze 35
Hürden für Volksbegehren senken 35
Hürden für Volksentscheide senken 35
Landesregierung kontrollieren: Volksveto einführen 36
Bürger sollen vorzeitig Neuwahlen auslösen können 36

Subsidiarität stärken 36
Meinungsvielfalt statt „Cancel Culture“ 36

6. Illegale Migration stoppen: Heimat bewahren! 37

Ordnung statt Chaos 38
Zurückweisung von Illegalen 38
Grenz- und Rückführungspolizei 38
Zukunftsfähige Zuwanderung 39
Keine Einwanderung in die Sozialsysteme 39
Hilfe vor Ort statt Wirtschaftsmigration 39
Humanitätsfonds für mehr Hilfe vor Ort 39
Staatsangehörigkeit muss man sich verdienen 40
Der Islam in Mecklenburg-Vorpommern 40
Duldungstitel abschaffen 40
Zentrale Ausreiseeinrichtungen 40
Landeseigene Abschiebungshaft 41
Anreize zur freiwilligen Rückkehr 41
Neue Perspektiven schaffen 41
Neubewertung der Sicherheitslage 41
Migrationsbericht: Transparenz und Fakten 42
Finanzielle Migrationsanreize senken 42
Asylmissbrauch verhindern 42

7. Unsere Bürger schützen: Für ein sicheres MV! 43

Endlich mehr Polizisten 44
Polizeiausstattung modernisieren 44
Polizeiliche Infrastruktur verbessern 44
Grenzen wieder kontrollieren 44
Hochmoderne Grenzanlage 44
Polizeihelfer Sicherheitswacht 45
Videoüberwachung mit Augenmaß 45
Präventivhaft zur Bekämpfung des Terrorismus 45
Transparente Statistik bei Zuwandererkriminalität 45
Extremistische Strukturen trockenlegen und bekämpfen 46
Verfassungsschutz vor politischer Instrumentalisierung schützen 46
Verschärfung des Waffenrechts zurücknehmen 46
Freiwillige Feuerwehren attraktiver machen 46
Justiz stärken 47
Für bürgernahe Gerichte 47
Unabhängigkeit der Justiz verbessern 47
Konsequente Gerichtsurteile und Opferschutz 47
Kindesmissbrauch und Kinderpornographie effektiv bekämpfen 47
Erwachsenenstrafrecht ab 18 Jahren 48
Flexiblere Pensionierung von Richtern und Staatsanwälten 48

Nachbarrechtsgesetz einführen 48
Beschleunigte Verfahren ermöglichen 48
Asyl-Aberkennung von Straftätern durch Strafurteil 49

8. Gesundheitsland MV: Erstklassige Versorgung für alle! 50

Die Würde des Patienten ist unantastbar 51
Gesundheit UND Grundrechte schützen 51
Wohnortnahe und flächendeckende Krankenhausversorgung 52
Finger weg von unseren Kinder-, Geburts- und Frühchenstationen 52
Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen 52
Gemeindeschwestern und Telemedizin im ländlichen Raum 53
Rettungsdienstzeiten garantieren 53
Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sichern 53
Pflegenotstand in MV bekämpfen 54
Landespflegegeld einführen 54
Prävention stärken: Vorbeugen ist besser als heilen 55
Es lebe der Sport 55

9. Ausgabenwut bremsen: Solide Finanzen für MV! 56

Landeshaushalt langfristig konsolidieren 57
Steuergeldverschwendung bekämpfen 57
Soli für alle abschaffen 57
Schleichende Enteignung beenden 57
Starke Kommunen, starkes Land 58
Recht auf Bargeld sichern 58

10. Ländliche Räume aufwerten: Mobilität und beste Infrastruktur! 59

Autofahren muss für alle erschwinglich bleiben 60
Freie Fahrt für freie Bürger 60
Mobilität stärken - ÖPNV verbessern 60
Verkehrsverbund MV einführen 60
Bahnverbindungen zeitgemäß gestalten 61
MV-Ticket attraktiver gestalten - Fahrten rund um die Uhr ermöglichen 61
Mehr Haushaltsmittel für Sanierung, Erhalt und Neubau von Straßen 61
Lückenlose Aufklärung des A20-Debakels 61
Förderprogramm Ortsumgehungen 62

Kommunen beim Unterhalt der Geh- und Radwege unterstützen 62
Touristisches Fernradwegenetz erschließen 62
Wasserwege für Tourismus, Sport und Wirtschaft nutzen 62
Zukunftsorientierte Planung für Flughafenstandorte 63
Flächendeckender Ausbau von Breitband und Mobilfunk 63
Digitale Verwaltung 64
Hohe Standards für digitale Schulausstattung 64
Datenschutz stärken 64
Netzwerkdurchsetzungsgesetz aufheben 64

11. Kulturerbe erhalten, GEZ abschaffen! 65

Für einen gebührenfreien „Grundfunk“ 66
Genderirrsinn beenden 66
Heimat und Brauchtum pflegen 67
Kunst und Kultur fördern 67
Guts- und Herrenhäuser erhalten 67
Fritz-Reuter-Erbe bewahren 68
Wi bruken mihr Platt 68

12. Für unsere Umwelt: Windkraftwahn stoppen! 69

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen 70
Keine weitere Verspargelung unserer Landschaft 70
Ausbau moderner Gaskraftwerke vorantreiben 71
Betrieb bestehender Kohlekraftwerke 71
Photovoltaikanlagen nur auf geeigneten Flächen 71
Erforschung von Zukunftstechnologien in MV 72
Biogasanlagen in Nahversorgungsnetze einbinden 72
Moderne Entsorgungswirtschaft 72
Munitionsbeseitigung 73

13. Landwirtschaft und Naturschutz: Leben mit der Natur 74

Landwirtschaft wertschätzen 75
Integrierter Pflanzenbau als Ackerbaustrategie 75
Höhere Tierhaltungsstandards bei fairen Erzeugerpreisen 75
Aktive Strukturpolitik bei Bodenverkäufen und Verpachtung 76
Perspektiven für Junglandwirte 76
Neue Märkte erschließen, Rohstoffwende einleiten 76
Herkunftsbezeichnungen schützen lassen 76

Landeseigene Forschungseinrichtungen erhalten 77
Alte Sorten bewahren 77
Kulturlandschaft pflegen, heimische Artenvielfalt erhalten 77
Imkerei fördern 78
Insektenschutz auf wissenschaftlicher Grundlage 78
Mehr Ehrlichkeit in der Nitratdebatte 78
Zukunft für die Fischerei 78
Mehr Artenvielfalt beim Waldumbau 78
Jagd - traditioneller Umweltschutz 79

14. Bauen und Wohnen: Das eigene Heim ermöglichen! 80

Steuerfreier Grundbedarf an Wohnraum 81
Grunderwerbsteuer senken 81
Bürokratieabbau und Vereinfachung bei Bauanträgen 81
Bezahlbaren Wohnraum erhalten und entwickeln 82
Vom Verfall bedrohte Bausubstanz retten 82
Kleingartensiedlungen, Wochenendgärtner und Siedlungsvereine unterstützen 82

Liebe Bürger Mecklenburg-Vorpommerns,

wir, die Mitglieder der Alternative für Deutschland, werben mit diesem Landtagswahlprogramm um Ihre Unterstützung am 26. September. Die politischen Entscheidungen der Jahre 2020 und 2021, die im Bund, aber auch in den Ländern getroffen worden sind, haben Deutschland und Mecklenburg-Vorpomamern ärmer, unsicherer, unsozialer, undemokratischer und vor allem unfreier gemacht. Das, wofür viele von uns in der friedlichen Revolution von 1989 gekämpft haben, steht heute, kaum eine Generation später, wieder auf dem Spiel.

Das geltende Recht ist Grundlage für das demokratische Miteinander in Mecklenburg-Vorpommern. Der Rechtsstaat muss wirksam durchgesetzt werden, um dem sichtbaren Vertrauensverlust vieler Bürger zu begegnen. Wir treten als AfD Mecklenburg-Vorpommern an, immer engere Meinungskorridore durch offene Debatten zu überwinden und konkrete Lösungen umzusetzen.

Wir, die Alternative für Deutschland, stehen für die Freiheit der Bürger unseres Bundeslandes ein. Die Freiheit ist der Grundwert, ohne den kein gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden kann. Unsere Freiheit ist akut bedroht. Die Bekämpfung des Corona-Virus hat die Freiheit zu einem nachrangigen Gut werden lassen. Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote, die massive Einschränkung sozialer Kontakte und der lang andauernde Lockdown haben unsere Gesellschaft gespalten. Die teils brachiale Durchsetzung der Verbote und die kaum hinterfragende mediale Begleitung durch die gebührenfinanzierten Sendeanstalten haben zu einem Klima der Angst und zu Resignation geführt.

Wir wollen den Menschen die Freiheit zurückgeben, jetzt und uneingeschränkt. Freiheit ist kein Privileg, sie ist ein Grundrecht.
Ein Grundrecht, das nur unter hohen Voraussetzungen eingeschränkt werden kann. Kaum eine Corona-Maßnahme erfüllt diese.

Die Alternative für Deutschland tritt zu dieser Landtagswahl an, um den Menschen nach Monaten der Angst- und Panikmache durch Regierende, Experten und allzu angepasste Journalisten neue Zuversicht zu geben. Sie tritt an, um den Menschen ihre unveräußerlichen, grundgesetzlich garantierten Grundrechte endlich wieder zurückzugeben. Wir treten an, um den Menschen in diesem Land wieder eine echte Stimme zu geben, indem sie direkt über die Geschicke des Landes abstimmen können, aber auch dafür, dass der Vertreter des Souveräns, das Parlament (und nicht etwa die Staatskanzlei), endlich wieder zum zentralen Ort für politische Entscheidungen wird. Und die AfD tritt an, um der gebeutelten mittelständischen Wirtschaft in unserem Bundesland wieder die Perspektiven zu geben, die nachhaltiges Wachstum und Wohlstand für alle ermöglichen.

Wir stehen für den besonderen Schutz der Familie vor staatlichem Zugriff. Wir stehen für ein Bildungssystem, das nicht nur die akademischen Berufe, sondern vor allem auch das Handwerk stärkt, ein Bildungssystem, das die richtigen Antworten auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel bietet. Wir stehen für ein sicheres Mecklenburg-Vorpommern, eines, in dem der Schutz der Menschen wichtiger ist als Ideologien und verlogene Utopien. Wir stehen für ein Ende der irrsinnigen sogenannten Energiewende.

Die Menschen in unserer schönen Heimat Mecklenburg-Vorpommern verdienen es, in einem freien Land zu leben. Sie verdienen es, sicher zu leben. Sie verdienen es, Mecklenburger und Pommern zu bleiben. Dafür kämpfen wir, die AfD in Mecklenburg-Vorpommern, an Ihrer Seite. Darauf können Sie sich verlassen.

KAPITEL 1

WIRTSCHAFT STÄRKEN: AUFSCHWUNG WÄHLEN!

Adobe Stock #29593120

Die Folgen der lang andauernden und überzogenen Lockdown-Politik der Regierungen in Schwerin und Berlin sorgen die Bürger unseres Landes. Eine große Pleitewelle und damit massive Arbeitsplatzverluste drohen. Wir müssen jetzt den Turbo einschalten, um den Unternehmen die Kraft zu geben, wieder durchstarten zu können. Dabei kommt es vor allem auf verbesserte Rahmenbedingungen an. Wir müssen unsere Firmen von zu hohen Steuern und Abgaben sowie von unnötiger Bürokratie entlasten. Auch die Ausweitung der Möglichkeit zu steuerlichen Verlustrückträgen in die vergangenen Jahre kann helfen, die Durststrecke zu überstehen. Eine dauerhaft gesenkte Mehrwertsteuer könnte die Nachfrage der Konsumenten erhöhen.

Die AfD MV wird einen Corona-Ausschuss einsetzen, um die Verfehlungen der Landesregierung aufzuklären. Hierbei sollen die wesentlichen Maßnahmen der Schwesig-Regierung kritisch beleuchtet und ihre schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Folgen aufgedeckt werden.

Auch jenseits der Beseitigung der Lockdown-Folgen müssen wir die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Entfaltung bringen. Die AfD baut auf die Kräfte des Wettbewerbs, wo immer dies möglich ist. Regulierend eingreifen muss der Staat lediglich dort, wo der Markt nicht funktioniert.

Mecklenburg-Vorpommern lebt von vielen kleinen und mittleren Unternehmen, von Handwerkern, Gewerbetreibenden, Landwirten und Tourismusbetrieben. Wir werden einen verlässlichen, sicheren Rahmen für die Entfaltung ihrer Ideen schaffen.
Der Mittelstand ist es, der die Mehrheit der Ausbildungsplätze stellt und hilft, unsere Jugend im Land zu halten.

Wir entwickeln unser Land zu einem attraktiven Standort für moderne Technologie-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Neben einer ausgezeichneten Infrastruktur brauchen wir dazu vor allem gut ausgebildete Menschen, die mit Kreativität und Unternehmergeist den Wohlstand der Zukunft schaffen.

Bürokratie verringern

Wir werden den Bürokratieaufwand für unsere Betriebe verringern. Gesetze und Verordnungen müssen regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden, Nachweispflichten abgebaut und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Geschlechterquoten bei der Mitarbeitereinstellung lehnen wir ab, Maßstab darf allein die Qualifikation sein. Verordnete Stellen für Gleichstellungsbeauftragte sind wirtschaftlicher und bürokratischer Unsinn. Wir stehen für Gleichberechtigung statt Gleichmacherei.

Ländlichen Raum für Unternehmen attraktiver gestalten

Unser ländlicher Raum muss für Unternehmen und damit für neue Arbeitsplätze attraktiver werden. Eine Schlüsselfunktion dafür bildet vor allem eine zukunftsfähige Informations- und Verkehrsinfrastruktur. Auch werden wir höhere Bundeszuweisungen für unsere strukturschwachen Regionen einfordern. Die Einführung von Sonderwirtschaftszonen ist in Einzelfällen in Betracht zu ziehen.

Sonderwirtschaftszonen

Solche in sich abgegrenzte Gebiete sollen vornehmlich deutsche, aber durchaus auch ausländische Investoren befähigen, ihre Geschäftstätigkeit im Rahmen staatlicher Beihilfe unter Vorzugsbedingungen ausüben zu können. Vorzugsbedingungen können hierbei vor allem in der Infrastruktur (Wege- und Digitalinfrastruktur), im Steuerrecht (z.B. niedrigere Körperschaft- und Einkommensteuersätze) sowie im Verwaltungsrecht (schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Berichtspflichten, ein verbotsarmes Baurecht) geschaffen werden.

Fördermittel gezielter und transparenter einsetzen

Wir werden die Fördermittelvergabe neu ausrichten, um die Wirtschaftskraft und Attraktivität des Landes nachhaltig zu sichern. Im Vordergrund müssen Vorhaben zum Ausbau der Infrastruktur, zum Aufbau höherwertiger Arbeitsplätze und die Förderung von Innovation und Forschung stehen. Fördermittelzuweisungen müssen öffentlich einsehbar sein. Der Landesrechnungshof soll einen jährlichen Förderbericht er-

stellen, in welchem die Einhaltung der Vorgaben und die Wirksamkeit der Fördermittel dargestellt werden. Nur so können Fördermittelmissbrauch verhindert und gezielte Förderung gestärkt werden.
Fördermitteltöpfe dürfen kein Ersatz für eine gute finanzielle Grundausstattung unserer Kommunen sein. Die öffentlich inszenierte Übergabe von Fördermittelchecks nach Gutsherrenart werden wir beenden. Der Missbrauch dieser Praxis für die Parteienwerbung, insbesondere vor Wahlen, muss ein Ende haben.

Freiwilligkeit statt Zwang

Zwangsmitgliedschaften in Berufsgenossenschaften und den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern sehen wir als freiheitliche Partei kritisch. Wir wollen echte Freiwilligkeit.

Neue Perspektiven für unsere Werften

Unsere Werften haben eine lange und erfolgreiche Tradition. Sie erweisen sich jedoch als sehr krisenanfällig und sind immer wieder auf millionenschwere Hilfen aus Steuermitteln angewiesen.
Wir werden die Werften unseres Landes bei den dringend nötigen strukturellen Anpassungen und der Ausrichtung auf die Märkte der Zukunft unterstützen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen und dadurch vorrangig zum Erhalt von einheimischen Arbeitsplätzen auf den Werften selbst und bei den vielen Zulieferbetrieben beizutragen.

Qualitätstourismus mit verbesserter Infrastruktur

Mecklenburg-Vorpommern bietet hervorragende Möglichkeiten für Strandurlauber, Wassersportler, Städtereisende und Naturliebhaber. Um die Schönheit unserer Landschaft sowie unsere Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten, setzen wir uns für einen sanften Tourismus ein. Unser Augenmerk gilt vorrangig einer Erhöhung der Qualität der touristischen Angebote, der Verbesserung der Infrastruktur und der Entwicklung des Tourismus im ländlichen Raum.

Urlaubssaison verlängern

Eine längere Ferienzeit kann die Gesamtauslastung der Unterkünfte erhöhen. Bestrebungen, die Feriensaison in den Bundesländern zusammenzulegen und damit zu komprimieren, lehnen wir ab.

Gesundheitstourismus stärken

Der Saisonverlängerung in Nebenzeiten kann auch das wachsende Segment des Gesundheitstourismus dienen. Wir unterstützen die Anstrengungen der Gemeinden bei der Schaffung einer besseren Infrastruktur sowie dem Erwerb von Qualitätstiteln wie "Seebad" oder "Luftkurort".

Keine Tourismussteuer

Bestrebungen zur Einführung einer Tourismussteuer lehnen wir ab. Ungerechtigkeiten bei der Erhebung von Kurtaxen innerhalb einer Region müssen beseitigt werden.

Bäderverkaufsverordnung und freie Ladenöffnungszeiten

Einengende Festlegungen lehnen wir als Eingriff in die Freiheit der Bürger ab. Es muss die freie Entscheidung von Konsumenten und Unternehmen sein, wann sie zusammenkommen wollen. Die jetzige Bäderverkaufsverordnung entspricht nicht den Anforderungen eines modernen Tourismuslandes. Als freiheitliche Partei setzen wir uns für die Freigabe der Öffnungszeiten ein.

Keine Flickschusterei bei öffentlicher Auftragsvergabe

Das Landesvergabegesetz muss novelliert werden. Die zunehmende Flickschusterei mit vergabefremden Kriterien für öffentliche Aufträge führt zu Wettbewerbsnachteilen für viele Unternehmen. Schon heute existiert eine kaum noch durchschaubare Fülle von Regeln und Normen im Vergabebereich. Geschlechterpolitische oder angeblich umweltbezogene Ideologiekriterien bei der Auftragsvergabe lehnen wir ab.

KAPITEL 2

MV WILL LEBEN: MEHR FAMILIENFREUNDLICHKEIT!

istockphoto.com | FamVeld

Für ein kinderfreundliches Mecklenburg-Vorpommern

Die AfD ist die Familienpartei in Mecklenburg-Vorpommern. Wir bekennen uns zur traditionellen Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern. In den Familien wird Zuwendung, Geborgenheit, Vertrauen und Solidarität gelebt, aber auch gegenseitig Verantwortung übernommen. Wir wollen Familien in ihrer individuellen Freiheit, Eigenständigkeit und Mitbestimmung stärken, indem wir ihnen langfristig Lasten nehmen und ihnen so Freiraum für mehr Kinder geben. Langfristig ist eine demografische Wende aber nur über landesspezifische Fördermaßnahmen erreichbar, über konkrete Ideen für eine echte Willkommenskultur für Kinder. Daher sollten alle Maßnahmen und Gesetze in MV die Bedürfnisse von Kindern nach Zeit, Zuwendung, Versorgung, Schutz, Entfaltungs- und Bildungschancen im Blick haben und die Leistungen von Eltern für die Gesellschaft würdigen.

Für das Wohl unserer Kinder auch in Pandemiezeiten

Die Kindheit soll die schönste Zeit des Lebens sein. Die Zeit, an die wir uns immer gerne erinnern. Die zum Teil ein Jahr andauernden Corona-Beschränkungen der Schwesig-Regierung, die Kita-, Schul- und Vereinsschließungen, die Isolation haben den Kindern ihre Unbeschwertheit genommen, sie berauben sie ihrer Kindheit.

Kinder und Jugendliche brauchen für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihres Sozialverhaltens die Interaktion mit Gleichaltrigen. Infolge des langen Lockdowns hat die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen. Es ist notwendig und längst überfällig, das Augenmerk verstärkt auf die negativen Auswirkungen des Lockdowns auf die jungen Mitglieder unserer Gesellschaft zu legen.

Die Lockdown-Politik hat bei Familien und ganz besonders bei alleinerziehenden Müttern und Vätern zu enormen Belastungen geführt. Viele Eltern standen plötzlich vor einer Dreifach-Belastung: neben der Ar-

beit und Homeoffice auch noch zeitgleich die Kinder zu unterrichten und zu betreuen. Das hat viele Familien an ihre Grenzen gebracht.

Wir fordern deshalb, Maßnahmen zu treffen, um die Lage der Familien und insbesondere der jungen Generation entscheidend zu verbessern. Wir sind es insbesondere unseren Kindern schuldig, ihnen ihr gewohntes Leben zurückzugeben!

Baby-Begrüßungsgeld für MV

Wir werden ein Babybegrüßungsgeld in Höhe von 5.000 Euro einführen. Wir wollen damit die Entscheidung junger Menschen für den Schritt ins Elternsein erleichtern.
Das Begrüßungsgeld erhalten Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern, die nach mindestens drei Jahren Ausbildung bzw. Studium oder Berufstätigkeit Eltern werden, in drei Raten zur Geburt und jeweils zum vollendeten dritten und sechsten Lebensjahr des Kindes, ohne Aufrechnung gegen Leistungen der Sozialhilfe.

Landeserziehungsgeld - echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung

Wir setzen uns dafür ein, die elterliche Kleinkindbetreuung mit einem ausgebauten Landeserziehungsgeld zu stärken. Die Eltern haben damit die Wahl zwischen einem monatlich bezuschussten Kita-Platz oder einem Erziehungsgeld bei selbst wahrgenommener Kinderbetreuung. Dadurch versetzen wir Eltern in die Lage, frei von finanziellen Sorgen ihre Kinder selbst betreuen zu können.

Qualität in Kindertagesstätten verbessern

Unsere Kinder haben das Recht auf eine optimale, individuelle Betreuung sowohl in der Kindertagespflege als auch in den Kindertagesstätten. Entscheidend ist ein deutlich besserer Betreuungsschlüssel. Dafür brauchen wir dringend mehr Erzieher. In den letzten Jahren hinkt Mecklenburg-Vorpommern den empfohlenen Standards deutlich hinterher und seitens der Altparteien ist kein Problembewusstsein vorhanden. Wir fordern die Einhaltung international anerkannter Standards. Diese sind 1 zu 3 für Krippen- (U3), 1 zu 7,5 für Kindergarten- (Ü3) und 1 zu 12 für Hortkinder.

Um unseren Kindern den späteren Bildungserfolg zu ermöglichen, müssen auch die Menschen, die die verantwortungsvolle Aufgabe der Erziehung in der Kindertagesstätte übernehmen, gut ausgebildet und bezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Erzieher leistungsgerecht und in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt werden.
Um mehr Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, werden wir ein Ausbildungsstipendium anbieten. Dieses kann durch eine anschließende Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern abgegolten werden. Die Erzieher sollen zudem von übermäßigen bürokratischen Vorgaben wie der ausufernden Dokumentationspflicht entlastet werden, um mehr Zeit mit den Kindern verbringen zu können.

Erzieherausbildung stärken

Wir wollen die Erzieherausbildung durch staatliche Fachschulen fördern sowie ein angemessenes Ausbildungsentgelt zahlen, um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken. Dabei sind die bereits hohen Qualitätsstandards für die Erzieherausbildung in Mecklenburg-Vorpommern einzuhalten.

Tagesmütter fördern

Die Schwesig-Regierung hat die Tagesmütter den Kindertagesstätten gesetzlich gleichgestellt. Auf eine leistungs- und verantwortungsgerechte Bezahlung warten sie jedoch vergeblich. Die Landtagsfraktion der AfD hat bereits in der Vergangenheit eine Neuregelung gefordert. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Tagesmütter eine Vergütung erhalten, die sich an der wirklich erbrachten Arbeitszeit und den real anfallenden Sachkosten orientiert.

Schutz ungeborener Kinder verbessern

Die AfD will das Unterstützungsnetzwerk für Schwangere in Not weiter ausbauen. Wir werden jede Kraftanstrengung unternehmen, um werdende Mütter von einer positiven Lebensperspektive für ihr ungeborenes Baby zu überzeugen. Wir wollen Hilfe leisten, damit sich viel mehr Frauen für ihr Kind entscheiden können.

Familienberatung stärken

Die AfD anerkennt die Unsicherheiten, die junge Menschen davon abhalten, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Daher werden wir bewährte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien in persönlichen oder beruflichen Krisensituationen ausreichend ausstatten und unterstützen.

Familienverträglichkeitsprüfung

Eine gute Familienpolitik, welche die Interessen von Familien und Kindern in Mecklenburg-Vorpommern in den Mittelpunkt stellt, setzt voraus, dass alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungshandlungen vor Inkrafttreten einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

Familiensplitting

Wir werden uns auf Bundesebene für das sogenannte Familiensplitting einsetzen. Das heißt, dass das Familieneinkommen zusammengezählt und anschließend auf alle Familienmitglieder aufgeteilt wird, nicht nur auf die Eheleute. Die Kindererziehung als gesellschaftsfördernde Leistung wird so endlich bei den Steuern Berücksichtigung finden und zu einer deutlichen Entlastung führen.

Bessere Rente für Eltern

Die Erziehung von Kindern ist eine Leistung, die der einer arbeitenden Person in nichts nachsteht. Wir treten dafür ein, dass bei der Anerkennung der Erziehung von Kindern die Eltern bei der Rente bessergestellt werden.

Pflegende Angehörige unterstützen

Wir würdigen die enorme Leistung, die durch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen tagtäglich geleistet wird. Diese Leistung will die AfD durch den Abbau von Hürden bei der Sozialversicherung, bei der Anerkennung von Rentenansprüchen und mit einem Rückkehrrecht in das Arbeitsleben für die pflegenden Angehörigen würdigen.

KAPITEL 3

SCHLÜSSEL FÜR DIE ZUKUNFT: EXZELLENTE BILDUNG!

Adobe Stock #310656882

Schule in Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Brennglas die bereits seit längerem bestehenden politischen Versäumnisse im Bildungsbereich offenbart. Schüler, Eltern, Lehrer und Erzieher waren von der schwierigen Situation überfordert und fühlten sich alleingelassen. Es hat sich gezeigt, dass das digitale Lernen in der angebotenen Form nicht funktioniert. Lerninhalte wurden schlecht bis gar nicht vermittelt, Leistungen ungenügend abgefragt und Entscheidungen über künftige Werdegänge auf fraglicher Grundlage getroffen. Zu den bestehenden Problemen der „analogen“ Beschulung kommen „digitale“, wie die ungenügende technische Ausstattung der Schulen oder nicht vorhandene Lern- und Lehrplattformen. Mit anhaltender Dauer des Lockdowns wurden die Bildungsdefizite sowie depressive Verstimmungen und das Gefühl der Vereinsamung für unsere Kinder größer und größer. Die Kinder von heute drohen die verlorene Generation von morgen zu werden.

Die Alternative für Deutschland vertritt daher die klare Position, auch während einer Pandemie nach Möglichkeit Präsenzunterricht durchzuführen, wenn notwendig unter Berücksichtigung von Hygieneauflagen. Dazu gehören kleinere Klassengrößen oder einfach saubere und sanierte Schulgebäude. Eine Maskenpflicht im Unterricht oder Schnelltests für Schüler halten wir für ungeeignet. Erstere beeinflussen die Konzentrationsfähigkeit der Schüler zu sehr, und gesundheitliche Schäden sind nicht auszuschließen. Letztere sollten nur in Ausnahmefällen Anwendung finden und ausschließlich durch die Eltern oder den Schüler beim Auftreten von Symptomen zu Hause durchgeführt werden. Etwaige Wissensdefizite der Schüler, die durch die unzureichende Beschulung in der Pandemie entstanden sind, sollen durch die Möglichkeit eines verstärkten und kostenfreien Nachhilfeunterrichts kompensiert werden. Eine Absenkung der Maßstäbe sowie eine Reduzierung der Lerninhalte darf auch in Pandemiezeiten keine Option sein.

Schulische Bildung

Bildung und Erziehung sind die wichtigsten Grundlagen für die persönliche Entfaltung und Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Sie bilden den Grundstein für die individuelle Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen und damit für den wirtschaftlichen

Wohlstand unseres Landes. Wir Deutschen können selbstbewusst auf eine einzigartige Bildungstradition verweisen. Dennoch leidet unser Bildungssystem seit Jahren an einer Vielzahl unsinniger, ideologisch motivierter Experimente, die die Qualität der Schulbildung deutlich verschlechtert haben.
Schulen brauchen Schulfrieden; Schüler, Eltern und Lehrer brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit. Erfolgreiche Bildung setzt Anstrengungsbereitschaft und Fleiß, aber auch Disziplin und die Anerkennung von Autorität voraus. Wir werden dafür sorgen, dass die bildungspolitische Erneuerung in eine gesellschaftspolitische Erneuerung eingebettet ist, die in erster Linie die Vorbildfunktion der eigenen Familie umfasst.
Kinder brauchen Vorbilder, die ihnen die Werte und Tugenden der Gesellschaft vorleben und die diese auch von ihnen einfordern.

Lehrermangel und Unterrichtsausfall entgegenwirken

Eine der großen Herausforderungen, vor der wir stehen, ist, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Wir möchten die Last der administrativen Aufgaben senken, etwa durch kleinere Klassen und Schulverwaltungsassistenten, aber auch durch digitale Lehrplattformen, die erprobt und für jedermann verständlich sind. Wir erkennen auch, dass wir dem bestehenden und sich verschärfenden Mangel an Lehrkräften mit Personen, die nicht auf Lehramt studierten, begegnen können. Für eine Übergangszeit mag eine berufsbegleitende pädagogische Qualifikation ausreichen. Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Unterrichtsqualität setzen wir uns jedoch dafür ein, dass alle Interessenten einen Vorbereitungsdienst im Sinne eines regulären Referendariats mit Zweiter Staatsprüfung absolvieren. Dies wird bereits an den Berufsschulen angewandt, wir werden es für die allgemeinbildenden Schulen öffnen.

Bei der Lehrerausbildung setzen wir uns dafür ein, eine Pädagogische Hochschule im Land aufzubauen und durch einen stärkeren Zuschnitt auf eine praxisnahe Ausbildung junge Menschen realistischer auf die Anforderungen in ihrem künftigen Beruf als Lehrer vorzubereiten. Um die Attraktivität des Lehrerberufes zu erhöhen, soll die Ausbildung vergütet und mit Aussicht auf Übernahme ausgestaltet sein. Wir orientieren uns hier an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege.

Studier- und Berufsfähigkeit herstellen

Unternehmer und Hochschullehrer klagen über die sinkende Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schulabgänger, die durch Defizite in der Bildungspolitik entsteht. Lehrer müssen immer mehr erziehen, integrieren und mittlerweile auch inkludieren, anstatt sich der Wissensvermittlung widmen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass das Abitur wieder verlässlicher Ausweis der Studierfähigkeit ist und nicht nur eine reine Studiererlaubnis darstellt. Regionale Schulen sind zu stärken, da sie durch ihren wichtigen Praxisbezug zur qualifizierten Berufsausbildung befähigen.

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

Wir bekennen uns klar zu einem nach Begabungen ausgerichteten, mehrgliedrigen Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Die Aufnahme in das Gymnasium erfolgt dabei nach einem bestandenen Eignungstest, der mehrfach wiederholt werden kann.
Die Orientierungsstufe in der 5. und 6. Klasse hat sich nicht bewährt. Wir fordern den Beginn der weiterführenden Schule ab der fünften Klasse.

Wohnortnahe Grundschulen fördern, freie Schulen finanziell gleichstellen

Die AfD wird sich für ein wohnortnahes Grundschulangebot einsetzen, was nicht nur in Pandemiezeiten sinnvoll ist, sondern auch dem ländlichen Raum zugutekommt. Dabei können die Grundschulen, ähnlich einer Dorfschule, als Abteilungen größerer Schulverbünde geführt werden. Eine wohnortnahe Beschulung der Grundschüler sehen wir als besonders wichtig an, weite Anfahrtswege müssen der Vergangenheit angehören.
Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Qualität und die Vielfalt unserer Bildungslandschaft.

Förderschulen erhalten

Inklusion darf nicht zu Lasten der Schüler erfolgen. Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen. Die staatlich verordnete pauschale Inklusion, die auf eine Abschaffung der Förderschulen zielt, verringert sowohl die Chancen der zu fördernden Kinder als auch die der lernstarken Schüler.

Zudem verursacht sie exorbitante Kosten für Kommunen und Landkreise. Dies ist zu revidieren. Die notwendigen Voraussetzungen mit dem entsprechend ausgebildeten sonderpädagogischen Lehrpersonal sind in den Förderschulen gegeben, die wir dauerhaft erhalten werden.

Polytechnik statt Gendergaga

Schule hat Inhalte zu vermitteln und Begabungen und Fähigkeiten der Schüler zu fördern. Kindern muss neben dem Rechnen der sichere Umgang mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift vermittelt werden. Wir werden die Didaktik wieder über die Methodik stellen. Eine Spaß- und Gefälligkeitspädagogik, wie sie durch die linken Bildungsexperimente der letzten Jahre praktiziert wurde, kann das von uns geforderte Bildungsideal eines allseits gebildeten Menschen nicht erreichen. Unsere Lehrer müssen wieder solides Sachwissen vermitteln, die Schüler müssen zu Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft angehalten und in Anlehnung an den polytechnischen Unterricht praxisbezogen beschult werden.
Die pandemisch bedingten Brüche in der schulischen Ausbildung müssen durch eine zur Not auch mehrfach in Anspruch genommene Klassenwiederholung ausgebessert werden können. Wir dürfen unsere Kinder nicht durch die holprige Krisenbewältigung und dadurch bedingte Wissensdefizite doppelt bestrafen.

Neutralität an Schulen sicherstellen - Beutelsbacher Konsens ernstnehmen

Die weltanschauliche und politische Neutralität der Schulen ist für uns Ausdruck einer demokratischen und auf Meinungspluralismus fußenden Gesellschaft. Wir lehnen eine Indoktrination und Beeinflussung der Schüler durch das Über- und Unterordnungsverhältnis Lehrer - Schüler, aber auch eine Einflussnahme politisch motivierter Programme, die sich einseitig gegen politische Ansichten stellen und oftmals antibürgerliche Gesinnungen transportieren, entschieden ab.

Digitale Medien im Unterricht sinnvoll nutzen

Digitalisierung ist das Schlagwort des 21. Jahrhunderts. Inzwischen begleiten uns Hard- und Software durch den Alltag. Technik und Distanzunterricht können jedoch den Lehrer als wichtige Bezugsperson für Heranwachsende und den Präsenzunterricht nicht

ersetzen. Gleichwohl hat vor allem die erzwungene Heimbeschulung durch die Corona-Krise gezeigt, dass funktionierende Breitbandanbindung, Technik und Softwarelösungen zwingend geboten sind. Vor allem für den weiteren Ausbau der Lernplattformen werden wir uns einsetzen, um digitale Wissensvermittlung ab der fünften Klasse harmonisch mit den klassischen Unterrichtsmaterialien zu verbinden.
Um die Lehrer bei der Bereitstellung und Wartung der digitalen Unterrichtseinheiten zu entlasten, sollten diese durch schuleigene oder kommunale IT-Dienstleister unterstützt werden.

Keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen

Der Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder Schritt halten. Empfehlungen der Landesregierung, bereits Kinder im Alter von 10 Jahren über sexuelle Themen, Familienvielfalt und neue Rollenbilder zu informieren, die oftmals den Vorstellungen der Eltern widersprechen, lehnt die AfD ab. Wir akzeptieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens, werden aber dafür sorgen, dass sich die Lehrinhalte vorrangig an der Lebenswelt von Mehrheiten orientieren, die zudem ein lebensbejahendes Konzept vermitteln. Gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie „Gender Mainstreaming“ haben in unseren Schulen nichts verloren.

Schulsanierung und -ausstattung haben Priorität - nicht erst seit Corona

Die Schulen sind ein Ort des Lernens, deshalb müssen sich die Schüler hier auch wohlfühlen. Wir werden zum einen die Kommunen und Schulträger finanziell so ausstatten, dass eine möglichst vollumfängliche Sanierung aller Schulen oder ein Neubau in ganz MV möglich ist.
Der bürokratische Aufwand, diese Mittel abzurufen, muss so gering wie möglich gehalten werden. Zum anderen hinkt die digitale Ausstattung der Schulen seit Jahren weit hinter den Anforderungen moderner Wissensvermittlung hinterher.
Langsame Internetverbindungen, fehlende Endgeräte oder unzureichende interaktive Lernplattformen machen eine begleitende digitale Wissensvermittlung fast unmöglich. Überdies sind viele Lehrer im Umgang mit digitalen Unterrichtsmaterialien ungeübt. Die AfD will diese Lehrer durch schuleigene oder kommunale

IT-Dienstleister unterstützen und weiterbilden. Damit wird die gesamte schulische Infrastruktur deutlich verbessert.

Schülerticket und Verbundsystem

Eine kostenlose Schülerbeförderung, die auch für die örtlich nicht zuständige Schule gilt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Zu diesem Zweck werden wir mit den Kreisen und kreisfreien Städten sowie den lokalen Akteuren im öffentlichen Nahverkehr alles daransetzen, dass ein landesweites Verkehrsverbundsystem eingeführt wird und unsere Kinder aufwandsarm zu ihrer Schule kommen.

Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- oder Sozialkompetenz

Die Beschulung von Kindern, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, stellen einige Schulen sowie die Lehrer vor enorme Herausforderungen. Der reguläre Unterricht ist nicht der richtige Ort, um Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben. Dies sollte nach unserer Auffassung in Vorschaltklassen geschehen. Nur wer in Sprache und Sozialverhalten dem Unterricht folgen kann, darf im Anschluss in einer regulären Schulklasse oder einer Berufsschule unterrichtet werden.

Erfolgsrezept Duale Ausbildung

Um die duale Berufsausbildung beneidet uns die Welt. Mit Sorge sehen wir jedoch die immer schlechtere Vorbildung vieler Lehrlinge, die zu abnehmender Leistungsbereitschaft und hohen Abbrecherquoten in der Berufsausbildung führt. Wir wollen die Bedeutung der Regionalen Schulen, die zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen sollen, weiter stärken. Um jungen Menschen die Vorzüge recht früh näherzubringen, werden wir dafür sorgen, dass an den Regionalen Schulen praktische Unterrichtsinhalte ausgebaut und durch berufsvorbereitende Praktika Einblicke in das reale Arbeitsleben vermittelt werden.
Jungen Menschen wird so die Möglichkeit gegeben, ein realistischeres Bild von einer Ausbildung zu bekommen und sich gleich zu Beginn richtig für den künftigen Beruf zu entscheiden.
Neben einer Auszubildendenfahrkarte für ganz Mecklenburg-Vorpommern und einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr für die Lehrlinge ist auch die Berufs-

schuldichte in unserem Bundesland unbedingt wieder auszubauen.

Kostenfreie Meisterausbildung

Wir setzen uns für eine kostenfreie Meisterausbildung mit Ausbildungsbefähigung ein, sofern im Anschluss eine Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen wird. Die derzeitige Ungleichbehandlung zwischen kostenlosem Studium und kostenpflichtiger Meisterausbildung ist für uns nicht länger tragbar.

Wir setzen uns dafür ein, dass Handwerks- und Industriemeister als Berufsschullehrer tätig sein können, um einen Mangel an Berufsschullehrern auszugleichen. Sie und ihr Praxiswissen stellen eine Vorbildfunktion für die angehenden Facharbeiter dar. Einstellung, Arbeitshaltung und das Erkennen von Strukturen und Abläufen werden so authentisch vermittelt.

Hochschulen in MV

Die Altparteien haben in den letzten Jahren zunehmend das Bild vermittelt, ein erfülltes (Berufs-)Leben bedürfe zwingend der Hochschulreife und des Studiums. Aufgrund dessen und begleitet von einem ideologischen Gleichheitswahn ist der Anteil der Abiturienten auf inzwischen über 40 Prozent der Schulabgänger angestiegen. Dies ließ auch die Immatrikulationszahlen enorm anwachsen. Universitäten und Hochschulen wurden genötigt, diese Politik mitzutragen, indem man die Mittelzuweisungen an die Absolventenzahl koppelte. Wir werden uns für eine stärkere Orientierung auf Qualität anstatt Quantität einsetzen.
Wir von der AfD geben dem Humboldtschen Bildungsideal den Vorzug gegenüber dem verschulten Bologna-System. Wir stehen für Bildung im Sinne der allseitigen Persönlichkeitsentwicklung.

Hochschulautonomie stärken

Wir stehen dafür, dass Universitäten selbst entscheiden können, welche Abschlüsse sie anbieten. Damit sie ihren Auftrag erfüllen können, verbessern wir die finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Drittmittel werden dann eine zusätzliche Förderung bereits exzellenter Arbeit darstellen und nicht mehr die landesseitig erzeugten Lücken füllen müssen.
Über fächerweite Eignungsfeststellungsprüfungen muss nachgedacht werden, damit die Hochschulen ih-

ren wissenschaftlichen Nachwuchs selbst auswählen können.

Angebot von Fernstudiengängen ausbauen

Wir werden mit öffentlichen und privaten Fern-Universitäten zusammenarbeiten, damit Berufstätige noch besser das bestehende breite Angebot von digitalen Fort- und Ausbildungsangeboten nutzen, sich berufsbegleitend weiterbilden und mit Innovationen im eigenen Berufsfeld in Berührung kommen können. Durch diese Möglichkeit der Qualifizierung wird insbesondere auch der ländliche Raum gestärkt sowie eine familienfreundliche Gelegenheit zur Weiterbildung der Menschen vor Ort eröffnet.

Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften (MINT) fördern

Die technologischen Fortschritte der letzten Jahre zeigen, wie wichtig eine fundierte Ausbildung in den sogenannten MINT-Fächern ist. Durch Kooperationen mit Universitäten, lokalen Unternehmen oder hoch spezialisierten Arbeitgebern wie Werften, dem Max-Planck-Institut oder dem ehemaligen Kernkraftwerk Lubmin kann das Interesse daran geweckt werden.

Außerdem setzen wir uns für eine finanzielle Stärkung dieser Bereiche ein, um Plätze für Interessenten und eine bestmögliche Ausstattung an den jeweiligen Instituten vorzuhalten.

istockphoto.com | kzenon

KAPITEL 4

MENSCHEN HELFEN, EHRENAMT UNTERSTÜTZEN: FÜR EIN FAIRES MV!

Selbstbedienung in Wohlfahrt und Sozialdiensten verhindern

In unserem Land hat sich eine millionenschwere Sozialindustrie mit Selbstbedienungsmentalität entwickelt. Das hat auch der von unserer AfD-Landtagsfraktion initiierte Untersuchungsausschuss klar aufgezeigt. Die Vetternwirtschaft blüht, und die Gehälter der Geschäftsführer einiger Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen liegen höher als das Salär der Kanzlerin. Hinzu kommen riesige Pensionsansprüche, auch von unserem Steuergeld finanziert.
Es braucht hier nicht nur klare Transparenz, vielmehr muss die Verfilzung zwischen Parteien und Sozialverbänden, wie beispielsweise zwischen AWO und SPD, endlich ein Ende haben. Die AfD setzt sich dafür ein, dass der AWO-Untersuchungsausschuss in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt wird.
Die AfD verlangt die Offenlegung von Zahlungen und Geschäftsführergehältern inklusive Zusatzleistungen und unterstützt die Forderung des Landesrechnungshofs nach einem Prüfungsrecht. Die soziale Unterstützung gilt schließlich Hilfsbedürftigen und nicht überbezahlten Verbandsfunktionären. Wir wollen das Ehrenamt und die Steuerzahler schützen.
Wir werden sämtliche Unternehmen der Sozialindustrie regelmäßig und unabhängig überprüfen lassen, damit Verschwendungsfälle aufgedeckt und ineffiziente Strukturen aufgeklärt werden. Wir wollen, dass die tausenden ehrenamtlichen Helfer in der Wohlfahrt nicht unter dem fragwürdigen Gebaren einiger weniger leiden müssen und das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird, bei den Bedürftigen.
Darüber hinaus setzen wir uns für eine klar ersichtliche Trennung zwischen förderfähigem, staatlich verordnetem Wohlfahrtsauftrag und den privatwirtschaftlichen Geschäftsfeldern der Wohlfahrt ein.

Gerechte Rente für ein würdevolles Leben

Die Armutsgefährdung von Rentnern wird über die nächsten Jahrzehnte weiter zunehmen und sich mittelfristig auch in Mecklenburg-Vorpommern verdoppeln. Viele Rentner erhalten trotz langjähriger Berufstätigkeit nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau und sind damit kaum bessergestellt als diejenigen, die nur wenig gearbeitet haben. Zudem erhalten Bürger, die sich für Kinder entscheiden oder die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen, eine viel zu geringe finanzielle Anerkennung vom Staat. Auch die Rentendop-

pelbesteuerung muss sofort wieder abgeschafft werden. Zudem fordern wir mehr Mitbestimmung der Rentenbeitragszahler und Rentenbezieher.

Ost-Renten endlich angleichen

Über dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Ost-Renten immer noch nicht angeglichen. Wir wollen diesen Missstand sofort beseitigen, damit die Lebensleistung unserer Senioren im Osten endlich angemessen wertgeschätzt wird. Wir fordern die Anerkennung von Rentenansprüchen aus DDR-Zusatzversorgungssystemen und ein Ende der Benachteiligung geschiedener DDR-Frauen bei der Rente.

Vereine und Ehrenamt - gesellschaftliches Engagement stärken

Die AfD bekennt sich zum Ehrenamt in Vereinen, Feuerwehren, sozialen Einrichtungen oder in der Kommunalpolitik. Die ehrenamtliche Arbeit vor Ort bildet das Fundament unseres Gemeinwesens und soll stärker finanziell unterstützt werden. Vor allem jungen Menschen bietet das Ehrenamt die Chance, Verantwortung zu übernehmen und Pflichten zu erfüllen. Wir wollen die Bereitschaft der Menschen fördern, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen.

Schülerengagement wertschätzen

Wir machen uns dafür stark, dass Schüler die Tätigkeit in gemeinnützigen oder kirchlichen Organisationen und Einrichtungen auf einem Beiblatt zum Zeugnis dokumentiert bekommen können. Damit erhält das Engagement junger Menschen in Jugendfeuerwehr, THW, Musikzügen und Chören endlich mehr Würdigung.

Feuerwehrrente

Wir setzen uns für die Zahlung einer Feuerwehrrente auf Länder- anstatt wie bisher auf kommunaler Ebene ein. Dabei wird ein Beitrag für freiwillige Feuerwehrleute an ein Versicherungsunternehmen gezahlt.

Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

Wir setzen uns dafür ein, bestehende Hindernisse für Menschen mit Behinderungen weiter abzubauen. Der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben ist eine möglichst große Bewegungsfreiheit. Daher werden wir

uns dafür stark machen, den barrierefreien Zugang zu Behörden umfassend zu ermöglichen.

Wir wollen zusammen mit Betrieben und zuständigen Sozialversicherungsträgern Maßnahmen entwickeln, um die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter zu erhöhen.
Selbstverständlich müssen auch Menschen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, nach dem gesetzlichen Mindestlohn vergütet werden.

Erlittene Nachteile von Blinden, hochgradig Sehbehinderten, Gehörlosen oder schwerstbehinderten Kindern werden wir über die Zahlung eines angemessenen Nachteilsausgleichs kompensieren.

Fehlanreize bei Kindergeldzahlungen ins Ausland beseitigen

Unser Kindergeld wird als Familienleistung auch für im Ausland lebende Kinder gezahlt. In Deutschland ansässige EU-Bürger erhalten für ihre in einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnenden Kinder Gelder in gleicher Höhe wie für in Deutschland lebende Kinder. Dies ist ein Fehlanreiz zur Einwanderung in unser Sozialsystem. Nach Angaben der Bundesregierung wurden allein im Jahr 2019 rund 397 Mio. € Kindergeld für im Ausland lebende Kinder auf ausländische Konten gezahlt.
Deshalb fordern wir, dass für im Ausland lebende Kinder nur der dort übliche Betrag gezahlt wird.

Mindestlohn soll Dumping verhindern

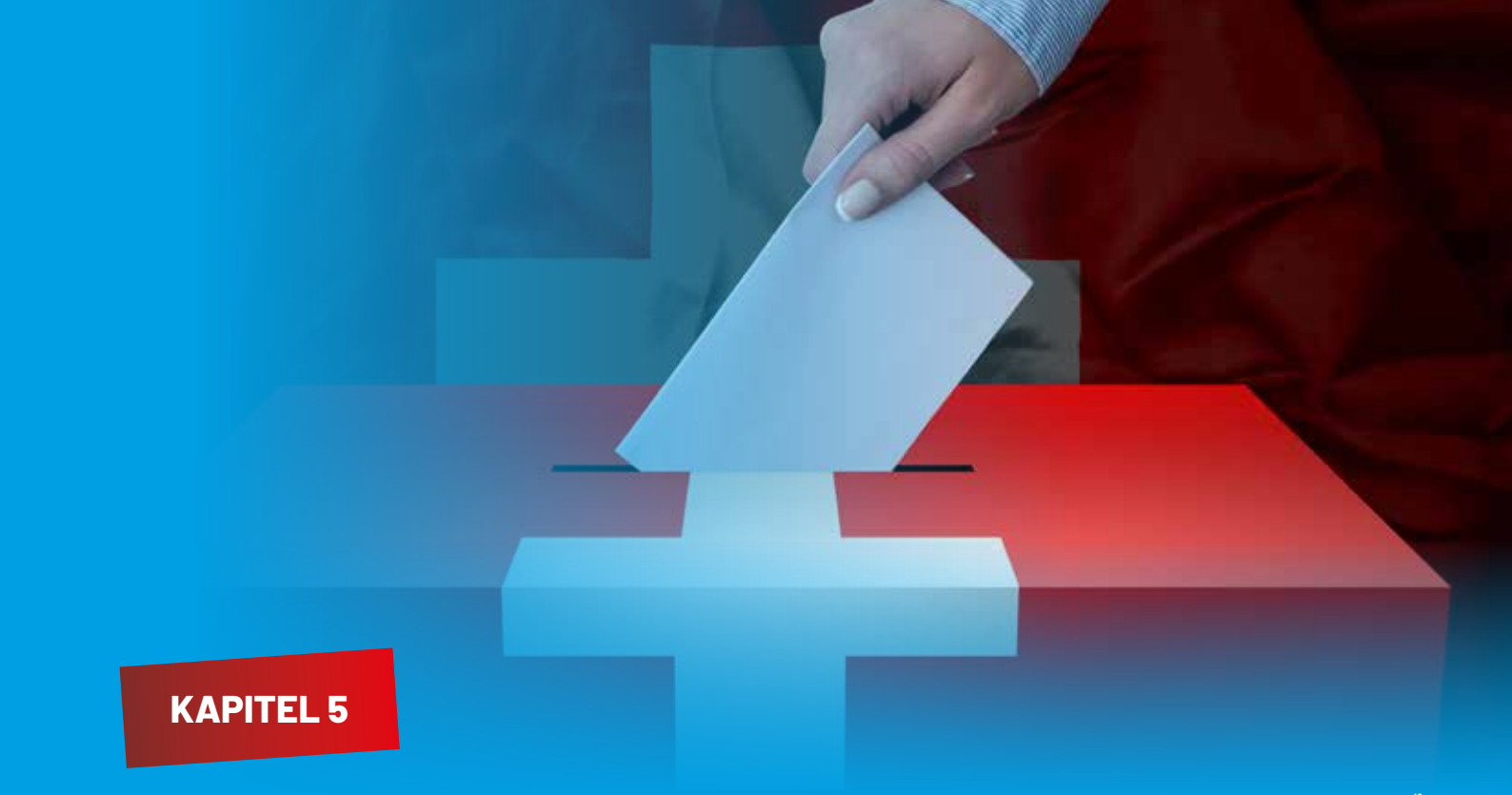
Beschäftigte sollen von ihrer Arbeit leben können und nicht auf Unterstützung der Solidargemeinschaft angewiesen sein. Die AfD setzt sich deshalb für den Mindestlohn als Lohnuntergrenze ein. Er soll weiterhin von einer Expertenkommission und nicht politisch festgelegt werden.

Für eine leistungsgerechte Bezahlung

Die AfD bekennt sich zur Tarifautonomie, wir werden uns aber immer für eine leistungsgerechte Bezahlung der Beschäftigten stark machen. Unwürdigen Bedingungen, wie sie zum Teil in der Zeit- und Leiharbeitsbranche vorzufinden sind, treten wir entgegen.

Das Potential älterer Arbeitnehmer stärker nutzen

Das Potential älterer Mitbürger soll durch die Gestaltung altersgerechter Berufsbiografien, durch Aus- und Weiterbildung sowie Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes stärker genutzt werden. Damit wollen wir dem demografiebedingt zunehmenden Fachkräftemangel entgegentreten und eine Weitergabe beruflicher Erfahrungen an die Jüngeren gewährleisten.



KAPITEL 5

WENIGER MACHT DEN PARTEIEN: MEHR DIREKTE DEMOKRATIE!

istockphoto.com | Martinns

Demokratie und Meinungsfreiheit

Die AfD kämpft für eine offene Debattenkultur. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die freie Meinungsäußerung für jeden Bürger gilt. Die Menschen in unserem Bundesland sollen ermutigt werden, sich politisch zu engagieren. Deshalb steht die AfD seit ihrer Gründung auch für die direkte Demokratie und für echte Bürgerbeteiligung nach Schweizer Vorbild. Nach unserer Landesverfassung ist das Volk neben Regierung und Parlament berechtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen. Die Hürden dafür sind jedoch zu hoch, sie müssen dringend abgesenkt werden.

Vereinfachte Volksinitiativen für Gesetze

Das Volk ist gemäß Art. 60 der Landesverfassung neben Regierung und Parlament berechtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen. Wir wollen dieses Element direkter Demokratie stärken und die Verfahren für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide verbessern. Hierzu sind die jeweils notwendigen Quoren zu reduzieren.

Hürden für Volksbegehren senken

Die derzeitige Hürde von 100.000 Unterschriften ist zu hoch. Wir werden die nötige Beteiligung für Volksbegehren daher auf fünf Prozent der Wahlberechtigten senken. Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürger.

Hürden für Volksentscheide senken

Nach erfolgreichem Volksbegehren kommt es zum Volksentscheid. Bei diesem wird über den Gesetzesvorschlag der Bürger abgestimmt. Die Fragestellung des Entscheids ist von den Initiatoren zu formulieren. Volksentscheide sollen erfolgreich sein, wenn mehr als fünfzig Prozent, bei verfassungsändernden Entwürfen mehr als zwei Drittel der Abstimmenden dafür stimmen. Ein Quorum soll es nicht geben. Das zwingt auch Gegner einer Vorlage, zur Wahl zu gehen, anstatt die Gültigkeit eines Entscheids durch Nichtteilnahme zu unterlaufen.

Landesregierung kontrollieren: Volksveto einführen

Da die Demokratie von der Beteiligung des Volkes lebt, sollten unsere Bürger nicht nur am Wahltag das letzte Wort haben. Für eine verstärkte Kontrolle der Regierung fordern wir Referenden mit aufhebender oder suspendierender Wirkung gegenüber Landesgesetzen. Die Möglichkeit eines solchen Volksvetos überprüft die Arbeit des Landtages und wirkt zugleich der Politikverdrossenheit entgegen.

Bürger sollen vorzeitig Neuwahlen auslösen können

Das Volk muss die Möglichkeit haben, die Legislaturperiode vorzeitig zu beenden. Hierbei finden die Hürden für einen verfassungsändernden Volksentscheid Anwendung.

Subsidiarität stärken

Die AfD tritt für die Subsidiarität als Gestaltungsprinzip ein. Politische Aufgaben sollten auf der jeweils betroffenen Ebene erledigt werden. Nur wenn dies nicht möglich ist, soll eine Steuerung auf der nächsthöheren Ebene übernommen werden.

Meinungsvielfalt statt „Cancel Culture“

Zunehmend greift im politischen Diskurs die Unkultur der sogenannten Cancel Culture um sich. Dabei werden bewusst Veranstaltungen und Personen angegriffen, um zu verhindern, dass sie öffentlich wahrgenommen werden. Meinungen werden aus der Öffentlichkeit verbannt.
Sprach- und Denkverbote sind immer ein Zeichen totalitärer Herrschaft. Die Alternative für Deutschland streitet entschieden für die Freiheit jedes Einzelnen. Wir kämpfen auf allen Ebenen dafür, dass jede nicht strafbare Meinung ohne Sorge vor Sanktionen geäußert werden kann.

KAPITEL 6

ILLEGALE MIGRATION STOPPEN: HEIMAT BEWAHREN!

Imago Fotos #83443538

Die Identität unseres Volkes ist ein Schutzgut des Grundgesetzes. Der Vertrag der Europäischen Union zielt darauf, die Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas zu wahren. Vor diesem Hintergrund streiten wir für den Erhalt der nationalen und regionalen Identität der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns.

In Regierungsverantwortung werden wir eine Migrationspolitik vorantreiben, die den Schutz unserer Heimat und ein der Welt zugewandtes Mecklenburg-Vorpommern zusammenbringt. Das dient unseren Bürgern, unserem Rechtsstaat und hilft wirklich verfolgten Menschen.

Ordnung statt Chaos

Die bisherige Landesregierung vermengt immer wieder Einwanderung und Asyl. Unser übergeordnetes Ziel ist eine Politik, die eine qualifizierte Zuwanderung in unser Land ermöglicht und zugleich wirklich verfolgten Menschen hilft. Wir wollen eine Zuwanderungspolitik, die diesen Namen verdient. Wir wollen Ordnung statt Chaos.

Zurückweisung von Illegalen

Auf europäischer und nationaler Ebene erleben wir eine migrationspolitische Systemkrise. Die europäischen Außengrenzen sind weitgehend ungeschützt und das nationale Asylrecht wird nicht konsequent angewendet. Zur Überwindung dieses Zustandes sind Zurückweisungen an den Grenzen notwendig.

Grenz- und Rückführungspolizei

Wir fordern den Aufbau einer Grenz- und Rückführungspolizei Mecklenburg-Vorpommerns zur Unterstützung der Bundespolizei.
Wir wollen die föderale Struktur der Bundesrepublik nutzen und die Bundespolizei beim Grenzschutz unterstützen. Durch eine ausgeweitete Schleierfahndung im grenznahen Raum und die Begleitung von Rückführungen ins Ausland kann unsere Landespolizei per Amtshilfe einen starken Beitrag für mehr Sicherheit und Ordnung leisten.

Zukunftsfähige Zuwanderung

Mecklenburg-Vorpommern hat ein Interesse an der Zuwanderung Qualifizierter. Hierfür brauchen wir ein modernes Einwanderungsgesetz. Dieses soll dem Fachkräftemangel begegnen und hochqualifizierten Personen eine neue Heimat bieten. Näheres wird ein Punktesystem regeln, das sich an den Kriterien Berufsqualifikation, Sprachkenntnisse, Alter und kulturelle Nähe orientiert. Der Zuwanderungsbedarf ist regelmäßig an die jeweilige wirtschaftliche, bildungsökonomische und demographische Lage Mecklenburg-Vorpommerns anzupassen.

Keine Einwanderung in die Sozialsysteme

Unser Sozialstaat steht für die durch das Grundgesetz garantierte Menschenwürde und braucht den Nationalstaat als demokratisches Ordnungsgebilde. Dauerhaft unkontrollierte Grenzen überfordern die sozialen Sicherungssysteme und zerstören auf Dauer das friedliche Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern. Einen Rechtsanspruch auf Einwanderung lehnen wir ab.

Hilfe vor Ort statt Wirtschaftsmigration

Humanität ist Teil unserer europäischen Identität und Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz. Eine zeitgemäße Hilfe gegenüber Flüchtlingen toleriert aber nicht das menschenfeindliche Geschäft von Schleppern, sondern orientiert sich an der Frage individueller Not. Jeder Euro, der nahe den Konfliktregionen ausgegeben wird, hilft bis zu hundert Mal effektiver. Sich auftürmende Ausgaben für Kriminelle, Integrationsverweigerer und Wirtschaftsmigranten sind ein Fehlanreiz zur illegalen Migration.

Humanitätsfonds für mehr Hilfe vor Ort

Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll einen Humanitätsfonds auflegen, der wirklich Verfolgten und Kriegsflüchtlingen effektivere Unterstützung zukommen lässt. Dieser setzt sich aus freiwilligen Bürgerspenden sowie einem Teil der eingesparten Mittel der neu geordneten Zuwanderung zusammen. Wir wollen das Signal aussenden, dass eine moderne Migrationspolitik zu mehr Hilfe vor Ort führen wird.

Staatsangehörigkeit muss man sich verdienen

Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft sollte krönender emotionaler Abschluss einer gelungenen Integration im Sinne tiefer Verbundenheit mit unserem Land sein. Wir fordern daher die Anhebung des Sprachniveaus auf C1 sowie eine rechtmäßige und ununterbrochene Mindestaufenthaltsdauer von zehn Jahren. Zudem soll zukünftig eine unabhängige Landeskommission prüfen, ob sich Einbürgerungs-anwärter mit Deutschland loyal identifizieren. Die doppelte Staatsangehörigkeit lehnen wir ab.

Der Islam in Mecklenburg-Vorpommern

Eine große Zahl der durch die Migrationskrise nach Mecklenburg-Vorpommern gelangten Menschen sind Anhänger des Islams. Ihr persönlicher Glaube ist zu respektieren. Mit Blick auf die historisch gewachsene Identität unseres Landes gehört der nicht säkularisierte Islam jedoch nicht zu Deutschland. Sein an der Scharia orientierter Herrschaftsanspruch ist mit unserer freiheitlichen Kultur und Rechtsprechung nicht vereinbar. Religionsgrundrechte dürfen nicht dazu führen, dass das islamische Jenseits unser Diesseits bestimmt.

Duldungstitel abschaffen

Das gegenwärtige Asylrecht sorgt dafür, dass tausende ausreisepflichtige Personen in Mecklenburg-Vorpommern bleiben. Obwohl deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde, führen Duldungstitel häufig zu einer Aufenthaltsverfestigung. Um diesem Zustand aktiv entgegenzutreten, müssen die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften zur Erteilung von Duldungen entfallen.

Zentrale Ausreiseeinrichtungen

Wir werden zentrale Ausreiseeinrichtungen schaffen, mit denen durch strikte Residenzpflicht und abgesicherte Vorbereitungsmaßnahmen die Ausreisepflicht durchgesetzt wird. Kriminelle und gewaltbereite Asylbewerber und Ausreisepflichtige sind bis zu ihrer Abschiebung zum Schutz der Bevölkerung außerhalb von Ortschaften unterzubringen. Die bisherige Landesregierung hat auf diesem Gebiet keinerlei Akzente gesetzt und den vorhandenen gesetzlichen Spielraum nicht genutzt.

Landeseigene Abschiebungshaft

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine eigene Abschiebungshafteinrichtung. Die sehr hohen Zahlen bei gescheiterten Abschiebungen in den letzten Jahren haben eine konsequente Durchsetzung des Rechts verhindert. Das Land hat versäumt, eigene Kapazitäten aufzubauen. Bis zur Aktivierung einer Abschiebungshaft werden Ausreisepflichtige auch in Justizvollzugsanstalten separat untergebracht.

Anreize zur freiwilligen Rückkehr

Mecklenburg-Vorpommern sollte weitere Anreize für eine freiwillige Rückkehr schaffen.
Insbesondere befriedete Regionen haben ein großes Interesse daran, dass ausgewanderte Leistungsträger heimkehren und sich am Wiederaufbau beteiligen. Jede freiwillige Rückkehr erspart unseren Steuerzahlern teure Zwangsabschiebungen.

Neue Perspektiven schaffen

Ein Flüchtlingsstatus darf nicht automatisch einen Daueraufenthalt ermöglichen. Wo Frieden herrscht, sieht unser Asylrecht die Rückkehr von einstigen Flüchtlingen vor. Die Zeit eines fluchtbedingten Aufenthaltes ist verstärkt dafür zu nutzen, berufliche Kompetenzen für den späteren Wiederaufbau in der Heimatregion zu erwerben. Sich in Mecklenburg-Vorpommern aufhaltenden Flüchtlingen sind verstärkt Arbeitsmöglichkeiten für ein gesteigertes Gemeinwohl einzurichten.

Neubewertung der Sicherheitslage

Wir werden uns in der Innenministerkonferenz dafür einsetzen, dass eine ständige Neubewertung der Sicherheitslage in Syrien und anderen Herkunftsländern den faktischen Entwicklungen vor Ort Rechnung trägt. Wenn es im Heimatland wieder sicher ist, muss der temporär gewährte Flüchtlingsschutz in Deutschland erlöschen. Die Rückführung von Straftätern und Gefährdern muss unabhängig davon schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Maghreb-Staaten sind in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen.

Migrationsbericht: Transparenz und Fakten

Eine Transparenzoffensive im Kontext des bisherigen Migrationsgeschehens soll unseren Bürgern einen realistischen Blick auf wesentliche Entwicklungen liefern. Hierzu wird unter Einbezug des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ein jährlicher Bericht erstellt. Dieser stellt gut nachvollziehbare Informationen zu Wanderungsbewegungen, Finanzen, Integration und Kriminalität zusammen.

Finanzielle Migrationsanreize senken

Zur Absenkung finanzieller Migrationsanreize fordern wir die Ausweitung des Sachleistungsprinzips, eine unentgeltliche Beschäftigung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften sowie eine Familienzusammenführung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in sicheren Drittstaaten. Die vom Land geleistete Mitfinanzierung des sogenannten Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern ist einzustellen. Asylsuchende sind zudem durch eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Bundesebene an der Finanzierung ihrer Versorgung zu beteiligen.

Asylmissbrauch verhindern

Wir werden Asylmissbrauch aufdecken und verhindern. Unsere Behörden müssen effektiv Mehrfachidentitäten erkennen und auflösen können. Eine genaue Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern muss zukünftig verbindlich erfolgen. Reisen von anerkannten Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer – etwa zu Urlaubszwecken - müssen Konsequenzen für den Aufenthaltstitel haben. Wir wollen die Asylverfahrensdauer dadurch senken, dass eine Übernahme der Prozesskosten nur bei positiver Entscheidung stattfindet. Zudem soll der Rechtsschutz auf eine Instanz begrenzt sein.

istockphoto.com | MattoMatteo

KAPITEL 7

UNSERE BÜRGER SCHÜTZEN: FÜR EIN SICHERES MV!

Endlich mehr Polizisten

Die AfD setzt sich dafür ein, den Personalaufwuchs der Landespolizei endlich wirksam voranzubringen, und wird deshalb spürbar in die Ausbildungskapazitäten der Polizeifachhochschule Güstrow investieren. Wir brauchen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Gewinnung geeigneter junger Polizisten. Um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern, ist die Besoldung der Landespolizei an die der Bundespolizei anzupassen.

Polizeiausstattung modernisieren

Die AfD will diejenigen schützen, die für den Schutz unserer Bürger sorgen. Hierzu gehört auch, ausreichend moderne Waffen für Polizeivollzugsbeamte im Antiterrorkampf bereitzustellen. Zudem muss die Polizei in der Lage sein, Gewalttäter mit wirkungsvollen Mitteln, wie zum Beispiel Distanz-Elektroimpulsgeräten, in die Schranken zu weisen.

Polizeiliche Infrastruktur verbessern

Blechcontainer, historische Filmkulissen mit DDR-Charme und einsturzgefährdete Besprechungsräume sind Realität bei der Landespolizei. Das Land hat es versäumt, eine solide und zeitgemäße Infrastruktur bereitzustellen, so auch bei unseren Polizisten. Der Sanierungsstau an Polizeigebäuden ist durch eine Investitionsoffensive zügig abzubauen.

Grenzen wieder kontrollieren

Eine wesentliche Kriminalitätsursache stellen ungesicherte Grenzen dar. Deshalb fordern wir, diese auch in Mecklenburg-Vorpommern wirksam zu kontrollieren. Der grenzüberschreitende Verkehr bleibt dabei gewährleistet. Als Sofortmaßnahme sind mobile Kontrollen in Grenznähe einzurichten und durch den Einsatz von Drohnen zu verstärken.

Hochmoderne Grenzanlage

In Regierungsverantwortung werden wir uns auf Bundesebene für hochmoderne Sicherungsanlagen an den deutschen Grenzen einsetzen. Dieses Projekt dient

dem Schutz vor illegaler Einwanderung, internationaler Kriminalität und Terrorismus. Zur Einreise berechtigte Unternehmer, Grenzpendler, Touristen oder Studenten können jederzeit unkompliziert über kontrollierte Grenzübergangsstellen ein- und ausreisen.

Polizeihelfer Sicherheitswacht

Zur Unterstützung der Polizei wollen wir die Einführung einer Sicherheitswacht nach dem Muster der bayerischen und sächsischen Landespolizei prüfen. Der Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer erfolgt unter Kontrolle und Anleitung von ausgebildeten Polizeibeamten. Bürgerwehren, die das Gewaltmonopol des Staates untergraben, lehnen wir ab.

Videoüberwachung mit Augenmaß

Wir befürworten den Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten. Diese soll jedoch nur temporär erlaubt sein, bis polizeiliche Ermittlungserfolge die räumliche Befriedung sicherstellen. Die AfD achtet die Freiheitsrechte unserer Bürger, weshalb jede lokale Videoüberwachung eng mit dem Datenschutzbeauftragten abzustimmen ist. Eine Kamera ersetzt keinen Polizisten.

Präventivhaft zur Bekämpfung des Terrorismus

Angesichts der deutlich gestiegenen Terrorgefahr unterschiedlicher Extremismen müssen zeitgemäße Eingriffsbefugnisse geschaffen werden. Ein zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Ordnung geeignetes Instrumentarium ist die Präventivhaft zur Abwendung erheblicher Gefahren. Wir wollen das Sicherheits- und Ordnungsgesetz für terroristische Bedrohungen effektiver ausgestalten.

Transparente Statistik bei Zuwandererkriminalität

Auf Druck unserer Landtagsfraktion wird die in den letzten Jahren stark angestiegene Zuwandererkriminalität in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik mittlerweile deutlicher abgebildet. Damit geben wir uns jedoch noch nicht zufrieden. Die AfD fordert umfassende Angaben, um der Öffentlichkeit realistische Bewertungen der Kriminalitätsentwicklung zu ermöglichen.

Extremistische Strukturen trockenlegen und bekämpfen

Die AfD setzt sich für die Bekämpfung politischen Extremismus jeglicher Couleur ein. Die Förderung linksextremer Vereine, die unter dem Deckmantel von Programmen für „Demokratie und Toleranz" Rückzugsräume für rote Gewalttäter geschaffen haben, werden wir unverzüglich beenden. Gleichzeitig werden wir der Polizei die notwendige politische Rückendeckung geben, um auch gegen linksextreme Straftäter konsequent vorgehen zu können.

Verfassungsschutz vor politischer Instrumentalisierung schützen

Unsere Demokratie funktioniert nur mit einer lebendigen Streitkultur. Wenn der Verfassungsschutz als Regierungsschutz missbraucht wird, entsteht ein Klima der Tabuisierung und Denunziation. Die Verfassung schützen heißt die Chancengleichheit aller demokratischen Parteien sicherstellen. Hierfür fordern wir eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes, um diesen als vertrauenswürdige Institution der inneren Sicherheit aufzustellen.

Verschärfung des Waffenrechts zurücknehmen

Die Politik versucht den legalen Waffenbesitz als rückständig, potentiell kriminell sowie unmodern zu diskreditieren. Die Verschärfung des Waffenrechts stellt ganze Bevölkerungsgruppen wie die über 12.000 Jäger und unsere in 180 Vereinen organisierten Sportschützen sowie die staatlich geprüften Waffensachverständigen unter Generalverdacht.
Die AfD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich konsequent für die Jahrhunderte alte Waffenbau-, Jagd- und Sportschützentradition in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Beibehaltung bewährter Gesetze und Regeln ein.

Freiwillige Feuerwehren attraktiver machen

Die AfD kämpft für unsere Freiwilligen Feuerwehren. Wir müssen die Attraktivität der Wehren erhöhen und die Ausstattung verbessern, damit sich wieder mehr Bürger in ihrer örtlichen Feuerwehr engagieren. So sollen Stellenbewerber im Öffentlichen Dienst, die sich ehrenamtlich in die Feuerwehrarbeit einbringen, bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt werden. Zudem ist mehr Geld für die Freiwilligen Feuerwehren bereitzustellen.

Justiz stärken

Rechtsunsicherheit wegen zu langer Gerichtsverfahren ist nicht akzeptabel. Die AfD hält es für eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, Rechtssicherheit zu gewährleisten. Die Verfahrensdauer von Gerichtsprozessen muss deutlich verringert werden. Hierzu ist insbesondere die Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit personell zu stärken.

Für bürgernahe Gerichte

Gerichte müssen sich in für die Bürger zumutbaren Entfernungen befinden. Die AfD lehnt den durch die Landesregierung betriebenen Rückzug von Gerichten aus der Fläche entschieden ab. Wir stehen für eine bürgerfreundliche Revision der Gerichtsstrukturreform.

Unabhängigkeit der Justiz verbessern

Wir wollen die Einflussnahme der Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden. Die Bürger müssen Vertrauen in die volle Unabhängigkeit der Richter erhalten und ausschließen können, dass persönliche oder rein parteipolitische Motive das Auswahlverfahren beeinträchtigen. Deshalb werden wir einen unabhängigen Richterwahlausschuss einrichten.

Konsequente Gerichtsurteile und Opferschutz

Wir setzen uns dafür ein, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte klare rechtliche Grundlagen vorfinden und damit abschreckend tätig sein können. Gerade Wiederholungstäter müssen die Konsequenzen ihres Handelns bei der Strafbemessung deutlich spüren. Dem Opferschutz ist zukünftig ein höherer Stellenwert beizumessen.

Kindesmissbrauch und Kinderpornographie effektiv bekämpfen

Wir werden diesen Straftätern konsequent den Kampf ansagen. Die Vorratsdatenspeicherung soll gesetzlich fest umrissen zur besseren Strafverfolgung von Kinderpornographie eingesetzt werden können. Dies dient insbesondere einer besseren Arbeitsfähigkeit unserer Beamten in diesem psychisch sehr belastenden und wachsenden Kriminalitätsfeld.

Erwachsenenstrafrecht ab 18 Jahren

Das Heranwachsenden-Strafrecht soll abgeschafft werden. Während Bürger mit 18 Jahren wählen dürfen, werden Täter bis zum Alter von 21 Jahren oft nach dem milderen Jugendstrafrecht belangt. Wir fordern, dass jeder volljährige Straftäter nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt wird.

Flexiblere Pensionierung von Richtern und Staatsanwälten

Durch den massiven Juristenmangel wird in den nächsten zehn Jahren über die Hälfte der Richter und Staatsanwälte in Pension gehen. Viele dieser Juristen, die die Altersgrenze erreichen, würden und könnten weiterarbeiten. Wir möchten die gesetzlichen Regelungen flexibler gestalten, damit Richter und Staatsanwälte länger arbeiten können, wenn dies im dienstlichen Interesse liegt.

Nachbarrechtsgesetz einführen

Fast überall in Deutschland gibt es Nachbarrechtsgesetze, in Mecklenburg-Vorpommern allerdings nicht. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass Nachbarrechtsgesetze nicht nur in bestehenden Prozessen die Rechtsfindung, sondern auch Kompromissfindungen unter Nachbarn erleichtern. Ein Nachbarrechtsgesetz in unserem Land wird Rechtsstreitigkeiten reduzieren und damit die Justiz entlasten.

Beschleunigte Verfahren ermöglichen

Die AfD will die Staatsanwaltschaften ermutigen, in der Strafprozessordnung vorgesehene beschleunigte Verfahren verstärkt einzusetzen. Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische Wirkung gerade auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen. Die AfD setzt sich dafür ein, das beschleunigte Verfahren auch auf das Jugendstrafrecht auszuweiten.

Asyl-Aberkennung von Straftätern durch Strafurteil

Der Missbrauch unseres geltenden Asylrechts durch kriminelle Zuwanderer muss zukünftig direkt vor Gericht verhindert werden. In Strafverfahren gegen Asylbewerber oder Asylberechtigte sollte direkt im Strafurteil auch über den weiteren Aufenthalt entschieden werden. Die AfD schlägt hierfür einen Katalog von Delikten vor, bei deren Vorliegen der Schutzstatus automatisch zur Disposition steht.

KAPITEL 8

GESUNDHEITSLAND MV: ERSTKLASSIGE VERSORGUNG FÜR ALLE!

istockphoto.com | jacoblund

Die Würde des Patienten ist unantastbar

Die AfD spricht sich gegen den schleichenden Trend zu einem überwiegend renditeorientierten Gesundheitssystem aus. Die Bedürfnisse des Patienten, seine Würde und seine Grundrechte sollen im Vordergrund stehen, nicht nur die Wirtschaftlichkeit. Das Grundrecht aller Bürger auf umfassende gesundheitliche Betreuung und Teilhabe am medizinisch-wissenschaftlichen Fortschritt ist zu wahren und als Teil des Sozialstaats zu schützen.

Die Gesundheitswirtschaft in unserem Bundesland ist neben ihrer existentiellen Bedeutung als Faktor der Daseinsvorsorge ein wichtiger Motor für die weitere Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Die Unternehmen der Gesundheitsbranche bieten vielen Menschen attraktive, zukunftsträchtige Arbeitsplätze und stellen einen immer bedeutenderen Wirtschaftszweig in unserem Land dar.

Gerade in Zeiten neuer Herausforderungen wie der Corona-Krise, bei Naturkatastrophen und anderen Großereignissen mit Gefahren für die Gesundheit unserer Bürger ist offensichtlich, dass eine flächendeckende und ausreichend ausgestattete medizinische Infrastruktur vorgehalten werden muss. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins wird.

Gesundheit UND Grundrechte schützen

Die massiven Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Corona-Krise zeugen in Verbindung mit den unzureichend und zu spät bereitgestellten Ressourcen von massivem Regierungsversagen. Auch beim Schutz der Risikogruppen, insbesondere unserer Hochbetagten in den Alten- und Pflegeheimen, haben die Regierungen in Schwerin und Berlin versagt. Intensivbetten wurden abgebaut, Tests kamen erst ein Jahr nach Beginn der Pandemie in Umlauf, die Beschaffung von Impfmitteln geriet zum Desaster. Wegen dieser chaotischen Politik mussten die Bürger viel zu lange im Lockdown verharren.

Die AfD fordert, allen Bürgern ihre Freiheitsrechte zurückzugeben. Es darf keinesfalls zu einem Zweiklassenrecht kommen. Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, sich mit Masken, Tests und Impfung zu schützen. Das muss aber freiwillig bleiben. Einen indirekten Zwang mit mehr Rechten für Geimpfte lehnen wir ab.

Wir fordern, einen breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zuzulassen und dabei auch re-

nommierte Wissenschaftler mit abweichender Meinung einzubeziehen. Wir brauchen ein unabhängiges Expertengremium, in dem nicht nur Virologen und Epidemiologen, sondern auch Psychologen, Soziologen, Ökonomen und Verfassungsrechtler vertreten sind, um die gesellschaftlich besten Lösungen für die Bewältigung von pandemischen Lagen zu finden.

Wohnortnahe und flächendeckende Krankenhausversorgung

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern muss auch im ländlichen Raum eine gute medizinische Versorgung vorgehalten werden.
Die Etablierung von hochmodernen Spezialkrankenhäusern in den größeren Städten gewährleistet die über die Grund- und Regelversorgung ¬ hinausgehende Behandlung der Bürger unseres Landes (Maximalversorgung). Wir fordern den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung nach dem objektiven Bedarf und nicht nur nach Kosten-Nutzen-Aspekten, die Beseitigung des Investitionsstaus¬ bei baulicher und medizintechnischer Infrastruktur sowie den Fortbestand der Trägervielfalt, um einer weiteren Monopolisierung entgegenzuwirken.

Das Hineinregieren des Bundes in unser Gesundheitssystem Mecklenburg-Vorpommerns, das zu einem weiteren Abbau von Krankenhauskapazitäten im ländlichen Raum führt, lehnen wir ab.

Finger weg von unseren Kinder-, Geburts- und Frühchenstationen

Landes- und Bundesregierung haben die Axt an die medizinische Versorgung unserer Kleinsten gelegt. Die Schließung der Kinder- und Geburtenstationen in Wolgast, Bergen und Crivitz steht exemplarisch für eine familienfeindliche Politik. Als nächstes sollen die Frühchenstationen in Greifswald und Neubrandenburg geschlossen werden. Die AfD wird dafür sorgen, dass unsere Lütten wieder überall im Land die allerbeste Versorgung erhalten.

Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen

Wir stehen für ein Gesundheitssystem, das in allen, auch den ländlichen Regionen, eine gute medizinische Grundversorgung ermöglicht. Dazu sind die Zusammenarbeit und die Vernetzung der Leistungsanbieter auszubauen und zu verbessern. Es soll für Ärzte wie-

der attraktiver werden, sich auf dem Land niederzulassen. Dazu sind die Landkreise und Kommunen in der Pflicht, entsprechende Anreize zu schaffen, um den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen.
Dies soll mit Zuschüssen des Landes, Sonderstipendien für niederlassungswillige Studenten, Bürokratieabbau und dem Angebot geeigneter Praxisräume gefördert werden. Den zuständigen Akteuren in den Regionen ist ein hinreichender gesetzlicher Spielraum für kreative Lösungen (Bereitstellung von ausgerüsteten Praxisräumen für Ärzte oder Einrichtung von Praxiszweigstellen) zu ermöglichen. Zudem fordern wir, Investitionsförderungsinstrumente auch für Arztpraxen einzuführen. Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung der flächendeckenden qualifizierten Hebammenversorgung sowie der wohnortnahen Geburtshilfe ein.

Gemeindeschwestern und Telemedizin im ländlichen Raum

Gemeindeschwestern, in Gestalt der an die Hausarztpraxis angebundenen und hochqualifizierten Versorgungsassistentinnen (VERAH), sind eine wichtige Stütze der ambulanten Versorgung der Patienten, insbesondere im ländlichen Bereich.
Sie wollen wir weiter fördern. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung des Gesundheitswesens werden wir verstärkt nutzen und die Telemedizin ausbauen.

Rettungsdienstzeiten garantieren

Wir fordern die Absicherung eines flächendeckenden Rettungssystems, das eine 24h-Notfallhilfe witterungsunabhängig gewährleisten kann. Die erforderlichen, in den Rettungsleitlinien festgelegten Einsatzzeiten sind einzuhalten. Die hier zum Einsatz kommenden Rettungshubschrauberstaffeln sollen künftig von den Krankenkassen finanziert werden.

Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sichern

Inhabergeführte Apotheken sind als wesentlicher Bestandteil der regionalen Strukturpolitik zu erhalten. Sie bieten einen flächendeckenden Nacht- und Notdienst, stellen individuelle Rezepturen her und haben als wohnortnahe sowie barrierefreie erste Anlaufstelle für Patienten eine Lotsenfunktion im Gesundheitssystem. Gerade in Katastrophenzeiten und

Pandemien bietet das Netz stationärer Vorortapotheken eine sichere Versorgung der Bevölkerung. Um die Apotheken unseres Landes zu stärken, sind wir dafür, dass rezeptpflichtige Arzneimittel vorrangig durch die Vor-Ort-Apotheken mit ihrer hochqualifizierten und persönlichen Beratung abgegeben werden. Der bestehende Botendienst der Apotheken ist im Interesse der schnellen Versorgung der Kranken zu stärken. Daher fordern wir die Anhebung der von den Krankenkassen derzeit gezahlten Botendienstgebühr von 2,50 € auf wirtschaftliche 5,00 €. Den Liefer- und Versorgungsengpässen im Arzneimittelbereich ist durch Rückholung der Arzneimittelproduktion nach Deutschland, auch an geeignete Standorte in Mecklenburg-Vorpommern, sowie die Abschaffung der verpflichtenden Importquote und der Rabattverträge entgegenzuwirken.

Pflegenotstand in MV bekämpfen

Die Zahl der Pflegefälle in Mecklenburg-Vorpommern steigt ständig. Tausende Pflegekräfte fehlen bereits jetzt. Die Folge sind Aufnahmestopps in Alten- und Pflegeheimen sowie die Schließung ganzer Abteilungen. Bei Pflegeheimen soll die Trägervielfalt erhalten bleiben. Zudem müssen Wohnungsbau- und Stadtentwicklung den Trend zur Alterung der Bevölkerung berücksichtigen, um den alten Menschen den Zugang zum gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Lasst uns heute altersgerechte Wohnungen und die Pflegeheime für morgen bauen. Das schafft sowohl attraktive Wohnmöglichkeiten als auch Betreuungsplätze für Senioren aus ganz Deutschland. Dadurch entstehen wiederum wohnortnahe, zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Alles in allem liegt hier also ein immenses wirtschaftliches Potential.

Landespflegegeld einführen

Wir sehen das Ziel der „Pflege zu Hause“ als erstrebenswert an. Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben. Mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden noch zu Hause gepflegt, viele davon ausschließlich von ihren Angehörigen. Da die häusliche Pflege für viele pflegende Angehörige eine eklatante finanzielle Belastung darstellt, sprechen wir uns für die Einführung eines Landespflegegeldes aus. Dieses Landespflegegeld soll, je nach Pflegegrad gestaffelt, bis zu 300 Euro im Monat betragen.

Prävention stärken: Vorbeugen ist besser als heilen

Die Krankheiten aufgrund von Falsch- und Fehlernährung nehmen in unserer Bevölkerung zu. Mit verstärktem Augenmerk in der Ausbildung bei allen medizinischen Berufen kann dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.
Wir fördern die Entwicklung von Lehrstühlen für Ernährungsmedizin und Naturheilkunde mit dem Ziel, den ganzheitlichen Ansatz in der Medizin zu stärken. Wir setzen uns ein für hochwertiges Schulessen, den Ausbau des Breitensports, zusätzliche Sportstunden in den Schulen und die Stärkung der Suchtprävention.

Es lebe der Sport

Wir wollen den Breiten- und Spitzensport in Mecklenburg-Vorpommern fördern. Dazu werden wir dem sportlichen Engagement eine größere politische und mediale Anerkennung zukommen lassen. Wir werden eine Imagekampagne zur Sportförderung in Mecklenburg-Vorpommern starten, die die Bedeutung des Sports, einer gesunden Lebensweise und gesunder Ernährung hervorhebt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere Sportinfrastruktur erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird, da sie von essenzieller Bedeutung für unseren Schul-, Breiten- und Spitzensport ist.

KAPITEL 9

AUSGABENWUT BREMSEN: SOLIDE FINANZEN FÜR MV!

istockphoto.com | Altayb

Landeshaushalt langfristig konsolidieren

Der Corona-Nachtragshaushalt der Landesregierung ist aus unserer Sicht verfassungswidrig. Mit dem zweiten Nachtrag wurde in Form des Sondervermögens ‚MV-Schutzfonds' ein gewaltiger Schattenhaushalt ohne konkrete Zeitbindung geschaffen. Dazu wurde unter dem Alibi „coronabedingt" die Ausnahmeoption der gesetzlichen Schuldenbremse missbraucht, um geradezu in eine „Schuldenorgie" zu verfallen. Dabei ist gerade einmal ein Bruchteil der veranschlagten Gelder für die Bewältigung der Corona-Pandemie begründbar.

Um unseren Kindern und Enkelkindern geordnete Verhältnisse zu hinterlassen, brauchen wir dringend eine langfristige Konsolidierung des Landeshaushalts. Investitionen in Familien, Bildung und Wissenschaft, in Infrastruktur und Sicherheit werden wir forcieren, Konsum- und Verwaltungsausgaben beschränken wir auf das Nötige. So werden wir beispielsweise die Anzahl der Ministerien reduzieren.

Steuergeldverschwendung bekämpfen

Während Steuerhinterziehung als Straftat verfolgt wird, bleibt die Verschwendung unseres Steuergelds meist folgenlos. Entscheidungsträger müssen Verantwortung übernehmen. Deshalb fordern wir einen Straftatbestand der Haushaltsuntreue, wie er bereits vom Bund der Steuerzahler vorgeschlagen wurde.

Soli für alle abschaffen

Die AfD kämpft dafür, dass der Solidaritätszuschlag endlich komplett abgeschafft wird. Trotz immer weiter steigender Steuereinnahmen will die Politik auch nach über 30 Jahren nicht ihr Versprechen einlösen, diese zeitlich befristete Ergänzungsabgabe wieder abzuschaffen.

Schleichende Enteignung beenden

Löhne und Gehälter steigen nur noch nominell, die tatsächliche Kaufkraft nimmt durch die unverantwortliche Negativzinspolitik der europäischen Zentralbank jedes Jahr ab. Die auf dem Papier gestiegenen Gehälter führen jedoch zu einer Erhöhung der Sozialver-

sicherungsbeiträge und der Steuern. Diese laufende Steuererhöhung durch die Hintertür muss endgültig beendet werden. Deshalb werden wir zur Entlastung der Bürger die Höhe des Steuerfreibetrages und der Steuerstufen an die Inflationsrate koppeln.

Starke Kommunen, starkes Land

Unsere Städte und Dörfer sind die Orte, an denen unsere Bürger leben und arbeiten, ihre Kinder großziehen und ihren Lebensabend verbringen. Die Bereitstellung guter Infrastruktur und öffentlicher Dienstleistungen durch die Kommunen ist entscheidend für die Lebensqualität unserer Bürger.
Damit Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können, brauchen sie eine bessere finanzielle Ausstattung. Deshalb wollen wir alle Finanzmittel, die der Bund dem Land für unsere Kommunen gibt, vollständig und zeitnah an die Kommunen weiterreichen. Notwendige Investitionen dürfen nicht durch den Fördermitteldschungel verhindert werden.

Recht auf Bargeld sichern

Unser Bargeld ist in Gefahr. Immer wieder wird öffentlich über die Abschaffung des gesetzlichen Zahlungsmittels diskutiert. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative das „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern lassen. Die Bargeldversorgung der Bürger muss flächendeckend erhalten bleiben. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind gesetzlich zu verpflichten, auch im ländlichen Raum Bargeldautomaten vorzuhalten.

KAPITEL 10

LÄNDLICHE RÄUME AUFWERTEN: MOBILITÄT UND BESTE INFRASTRUKTUR!

istockphoto.com | lowkick

Autofahren muss für alle erschwinglich bleiben

In unserem ländlich geprägten Bundesland sind viele Bürger auf das eigene Auto angewiesen. Wir setzen uns für den Individualverkehr ein und stellen uns gegen die ideologischen Schikanen gegen die Autofahrer. Durch die neue CO2-Steuer werden die Bürger, vor allem Pendler und Autofahrer, zusätzlich zu den ohnehin hohen Steuern und Abgaben, an der Tanksäule noch mehr belastet. Das lehnen wir klar ab. Mobilität ist kein Luxus, sondern muss erschwingliches Grundrecht für alle bleiben. Die AfD will über den Bundesrat eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Pendlerpauschale durchsetzen.

Freie Fahrt für freie Bürger

Im Namen der hysterischen Klimadebatte drohen die Altparteien mit immer mehr Verkehrseinschränkungen. Das lehnen wir als Freiheitspartei strikt ab. Wir brauchen keine komplett autofreien Innenstädte, keine Stickoxid-Fahrverbote und auch keine Sonntagsfahrverbote für Motorradfahrer. Individuelle Mobilität bedeutet Freiheit. Diese ist für uns nicht verhandelbar.

Mobilität stärken - ÖPNV verbessern

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern müssen die Menschen im Alltag oftmals weite Strecken zurücklegen. Gerade Kinder, Jugendliche und Senioren sind hierbei auf einen funktionierenden Nahverkehr angewiesen. Doch die Regierungspolitik hat zu einem verantwortungslosen Abbau von Nahverkehrsstrukturen geführt. Um die Lebensverhältnisse für die Menschen in unserem Bundesland zu verbessern, muss der öffentliche Nahverkehr ansprechender gestaltet werden. Wir unterstützen innovative Modellprojekte, die den technologischen Fortschritt nutzen und alltagstauglich anwenden.

Verkehrsverbund MV einführen

Um eine kreisübergreifende Anerkennung der Fahrscheine zu gewährleisten, ist die Einführung eines Verkehrsverbunds für den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern unerlässlich. Auch der Tourismus kann von einem einheitlichen Verkehrsverbund mit abgestimmten Fahrplänen und unkomplizierten Fahrscheinkäufen profitieren.

Bahnverbindungen zeitgemäß gestalten

Unser Eisenbahnnetz ist seit Jahrzehnten von Streckenschließungen und der Ausdünnung der Fahrpläne betroffen. Die derzeitigen Planungen hängen unser Land immer weiter von den Verkehrsströmen der Zukunft ab. Unser Bundesland ist weder an das Streckennetz der „Neuen Seidenstraße“ noch an die „Rail Baltica“ angebunden. Durch den Fehmarnbelt-Tunnel entstehen neue Chancen für die Fernbahnanbindungen Westmecklenburgs. Wir setzen uns hier für eine Schnellverbindung von Berlin über Schwerin und Lübeck bis nach Kopenhagen ein.

Wir bekräftigen die Forderungen des Deutschland-Takts. Das bedeutet im Einzelnen den zweigleisigen Ausbau der Strecke Stralsund-Rostock, die vollständige Reaktivierung der Südbahn mit ihren Anschlüssen nach Berlin und Wismar sowie die Elektrifizierung der Hauptbahnen mit ihren Anschlüssen nach Stettin und Lübeck. Die Bahnstrecke Barth-Velgast-Stralsund sichert die Anbindung der Boddenlandschaft und des ländlichen Raums in Vorpommern-Rügen. Diese Bahnstrecke muss auch über die bisher angekündigten sechs Jahre hinaus eine Perspektive haben.

Die Fahrpläne zwischen den Städten unseres Landes gehören fortlaufend auf den Prüfstand, um eine bedarfsgerechte Taktung zu ermöglichen.

MV-Ticket attraktiver gestalten - Fahrten rund um die Uhr ermöglichen

Die Erweiterung des bereits bestehenden Mecklenburg-Vorpommern-Tickets für Fahrten rund um die Uhr soll vom Land auf den Weg gebracht werden.

Mehr Haushaltsmittel für Sanierung, Erhalt und Neubau von Straßen

Der Ausbau und die Instandhaltung unseres Straßen- und Schienennetzes gehen zu langsam voran. Wir verlangen, dass die verkehrsbezogenen Steuern für die Verkehrsinfrastruktur verwendet werden. Die AfD MV setzt sich dafür ein, Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich des Straßenbaus zu unterstützen.

Lückenlose Aufklärung des A20-Debakels

Der verantwortungsvolle Umgang mit dem Geld der Steuerzahler muss immer an oberster Stelle stehen.

Das Beispiel der abgesackten A20 zeigt, dass die Nachlässigkeit der Verantwortlichen immense Kosten verursachen kann. Die AfD fordert deshalb die lückenlose Aufklärung des Autobahndebakels von Tribsees.

Förderprogramm Ortsumgehungen

Attraktiver Wohnraum im ländlichen Raum zeichnet sich durch eine gute Anbindung an Fernstraßen und Infrastruktur aus. Um den Gemeinden dies zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Sonderprogramm zur Förderung von notwendigen Ortsumgehungsstraßen ein.

Kommunen beim Unterhalt der Geh- und Radwege unterstützen

Wir stehen für eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau mit seiner hohen Lebens- und Umweltqualität. Eine barrierefreie, fußläufige Bewegung im Wohnumfeld ist dafür unabdingbar. Der Ausbau von Gehwegen muss unabhängig von anderen Verkehrsträgern erfolgen können. Förderrichtlinien sind entsprechend anzupassen.

Das Fahrrad ist im urbanen Bereich eine sinnvolle Erweiterung der persönlichen Mobilität. Häufig sind die Kommunen jedoch mit dem Unterhalt der Radwege überfordert.
Mit einer Anerkennung von Radverkehrsmaßnahmen als kommunale Pflichtaufgabe kann hier nachhaltig Abhilfe geschaffen werden.

Touristisches Fernradwegenetz erschließen

Der Radtourismus ist landesweit ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Wir werden dafür sorgen, dass dieser angemessen berücksichtigt wird und es endlich ein lückenloses Fernradwegenetz gibt. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur soll überall die Nutzung von E-Fahrrädern ermöglichen.

Wasserwege für Tourismus, Sport und Wirtschaft nutzen

Die AfD MV will das Potential unserer Seen, Flüsse und Küsten noch besser für Wirtschaft, Tourismus und Sport nutzen. Dabei dürfen geplante Renaturierungen der touristischen und sportlichen Nutzung der Wasserstraßen nicht im Wege stehen. Unsere malerische

Fluss- und Seenlandschaft muss der Natur und den Menschen erhalten bleiben. Auch auf den Neben- und Freizeitwasserstraßen werden wir Schleusen und andere notwendige Infrastruktur erhalten.

Zukunftsorientierte Planung für Flughafenstandorte

Unsere Flughäfen dürfen keine Dauersubventionsobjekte ohne Aussicht auf Besserung sein. Wir fordern einen offenen und unvoreingenommenen Diskussionsprozess über die Zukunft der verschiedenen Standorte. Dabei sollte die Landespolitik jeden Flughafen mit seiner individuellen Situation betrachten und Perspektiven entwickeln. Dazu sollen innovative Konzepte wie beispielsweise die Idee eines Weltraumbahnhofs in Laage geprüft und weiterentwickelt werden.

Flächendeckender Ausbau von Breitband und Mobilfunk

Internet und Digitalisierung sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Ohne Zugang zu Internet und digitaler Kommunikation ist eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben kaum noch möglich. Die Bürger sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und Kommunikationsnetze angewiesen.

Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite vor allem auf dem Land sowie eine mangelhafte Präsenz der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Das Internet und soziale Medien prägen das Leben und unser Kommunikationsverhalten. Viele Unternehmen vollziehen Anstrengungen zur Digitalisierung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu aber brauchen sie endlich die passenden schnellen Netze.

Wir werden die immer noch vorhandenen zahlreichen Löcher in der Abdeckung unseres Mobilfunknetzes zügig schließen und einen modernen Funkstandard realisieren.

Außerdem werden wir eine flächendeckende leistungsstarke Breitbandversorgung mit mindestens LTE-Standard bis 2025 umsetzen, um allen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern schnellstmöglich eine Teilhabe an der digitalen Welt zu ermöglichen.

Digitale Verwaltung

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet dazu, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anzubieten. Die Digitalisierung der Bauanträge zeigt, dass die Bearbeitungszeit dadurch verringert werden kann. Daran gilt es anzuknüpfen. Damit das Ziel erreicht und die Spitzenposition gehalten wird, ist der derzeitige Stand transparent darzustellen.
Wir setzen uns dafür ein, digitale Verwaltungsprozesse zu vereinheitlichen und das E-Government weiter auszubauen. Durch die optimierten Prozesse kann die Verwaltung dem Bürger eine gleichwertige, niederschwellige und persönliche Kontaktaufnahme ermöglichen.

Hohe Standards für digitale Schulausstattung

Die Modernisierung der Schulen scheitert oftmals an den unklaren Vorgaben und der Fördermittelpraxis. Die Verantwortung wird den Schulen zugeschoben. Wir fordern einen einheitlich hohen technischen Standard aller Klassenräume. Er ist verbindlich umzusetzen und vollständig durch den Fördermittelgeber zu bezahlen.

Datenschutz stärken

Anders als Internetkonzerne trifft die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine besonders hart. Teure Berater können sie sich nicht leisten, weshalb immer wieder Rechtsunsicherheiten entstehen. Über seine personenbezogenen Daten, deren Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung muss jeder Bürger selbst entscheiden können. Wir setzen uns dafür ein, das Datenschutzrecht zu vereinfachen.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz aufheben

Die Umsetzung des NetzDG stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Im Internet muss der Austausch unterschiedlicher Meinungen gewährleistet sein und darf nicht durch Großkonzerne wie Facebook oder Twitter beschnitten werden. Der Schutz der freien Meinungsäußerung muss wieder in der Verantwortung der unabhängigen Justiz liegen. Eine Zensur lehnen wir ab.

KAPITEL 11

KULTURERBE ERHALTEN, GEZ ABSCHAFFEN!

Adobe Stock #335989533

Für einen gebührenfreien „Grundfunk“

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) in seiner heutigen Ausgestaltung ist ein Relikt aus den 1950er Jahren. Mit mehr als acht Milliarden Euro Beitragseinnahmen pro Jahr gehört der bürgerfinanzierte deutsche Rundfunk zu den teuersten Anbietern der Welt. Die AfD fordert daher, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk grundlegend zu reformieren sowie die Anzahl der Sender und damit auch die horrenden Kosten deutlich zu reduzieren. Die Sicherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des ÖRR ist mit unserem Konzept eines Grundfunks verwirklicht.

Der wichtige Grundsatz der Staatsferne ist durch den mittelbaren Einfluss der Parteien auf das Programm nicht gegeben. Zwar beträgt die offizielle Zahl der Parteienvertreter in den Rundfunkräten als Kontrollorgan des Rundfunks „nur“ ein Drittel, tatsächlich stehen aber die meisten Verbandsvertreter in den Rundfunkräten einer politischen Partei nahe, was sich oft auch in der Berichterstattung widerspiegelt. Für den Grundfunk fordern wir ein Kontrollgremium, in dem nicht die Parteien, sondern Bürger und Experten wirksame Kontrolle ausüben.

Wir wollen, dass sich die öffentlich-rechtlichen Sender wieder auf ihren Auftrag konzentrieren. Unser Grundfunk soll auch weiterhin Regionalprogramme bieten, die lokale Nachrichten, Landesgeschichte, lokale Kultur, Mundart, Brauchtum, regionale und lokale Sportereignisse sowie aktuelle Landespolitik beinhalten. Sämtliche TV- und Radioprogramme sollen werbefrei sein und mit einem Volumen in Höhe von zehn Prozent des gegenwärtigen ÖRR-Gesamthaushalts auskommen. Das Budget soll regelmäßig höchstens in Höhe der Inflation angepasst werden. Die bisherigen Rundfunkbeiträge entfallen für den Bürger ersatzlos.

Genderirrsinn beenden

Unsere Sprache, die für uns ein wichtiges Identitätsmerkmal und Kulturgut darstellt, hat sich über Jahrhunderte entwickelt und lebt von der Akzeptanz und dem Gebrauch in der Bevölkerung. Die deutliche Mehrheit der Deutschen lehnt „Gendersprech“ ab. Von oben verordnete ideologische Kunstbegriffe irritieren Kinder und Erwachsene gleichermaßen und fügen der deutschen Sprache schweren Schaden zu. Der Einführung einer Gendersprache stellen wir uns weiterhin konsequent entgegen.

Heimat und Brauchtum pflegen

Die Pflege von deutscher Sprache und Brauchtum, der Erhalt von Bau- und Bodendenkmälern sowie heimischer Architektur sind wichtige Voraussetzungen für den Erhalt und die Weitervermittlung von Heimatgefühl und kultureller Identität. Eine wichtige Rolle dabei spielen die lokalen Kultur- und Heimatvereine, die das Interesse für regionale Geschichte und Traditionen von Generation zu Generation weitergeben. Wir begrüßen diesen positiven Bezug zur eigenen Herkunft und Kultur.

Deshalb wollen wir Kultur- und Heimatvereine, aber auch private Kulturstiftungen und bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich von Bürokratie entlasten. Ob Vereinfachungen bei der Anwendung der Datenschutzverordnung, die Zusicherung der Gemeinnützigkeit solcher Vereine oder die einfachere Mittelbeantragung zur Finanzierung des Vereinszwecks, die AfD wird das so wichtige Ehrenamt in Kultur und Sport weiter stärken.

Die Ehrenamtsstiftungen in MV und im Bund sind dabei ein wichtiger Partner und sollen zu einem allumfassenden Ratgeber für ehrenamtliche Führungskräfte ausgebaut werden. Gezielte Weiterbildungsangebote zum Vereinsrecht, Urheberrecht und zu Finanzthemen sind genauso vorzuhalten wie eine niedrigschwellige persönliche Beratung der Ehrenamtlichen.

Kunst und Kultur fördern

Kunst- und Kulturprojekte erhöhen unsere Lebensqualität und fordern uns zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Leben heraus. Sie dienen der Horizonterweiterung und regen zum Nachdenken an. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kultur auch weiterhin vom Land gefördert wird.

Eine finanzielle Unterstützung extremistischer Vereine lehnen wir konsequent ab. Zukünftig muss jeder Verein vor der Ausreichung von öffentlichen Mitteln zwingend eine Demokratieerklärung abgeben.

Guts- und Herrenhäuser erhalten

Mecklenburg-Vorpommern besitzt eine einzigartige, erhaltenswerte Gutslandschaft. Die Kulturgüter unseres Landes dürfen nicht dem Verfall preisgegeben werden. Es muss ein Notsicherungsfonds eingerichtet

werden, damit bedrohte Guts- und Herrenhäuser gesichert werden können, wenn die Eigentümer ihren Pflichten nicht nachkommen.
Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, die einzigartige Guts- und Herrenhauslandschaft als Weltkulturerbe anzuerkennen. Dadurch kann das touristische Potenzial der Gutshauslandschaft verstärkt genutzt werden.

Fritz-Reuter-Erbe bewahren

Fritz Reuter ist einer der bedeutendsten Dichter und Schriftsteller, der synonym für das Plattdeutsche steht. Sein Werk transportiert die norddeutsche Mundart in unsere heutige Zeit und steht damit identitätsstiftend für Mecklenburg und Vorpommern.
Wir setzen uns dafür ein, dass der literarische Nachlass von Fritz Reuter in die Liste des Weltdokumentenerbes der UNESCO aufgenommen wird. Damit erhielte Fritz Reuter für sein Wirken um die norddeutsche Identität eine weit über unsere Region hinausgehende und ihm unbedingt gebührende Anerkennung.

Wi bruken mihr Platt

Unsere schöne plattdeutsche Sprache braucht mehr Pflege. Niederdeutsch muss obligatorischer Gegenstand im heimatkundlichen Schulunterricht sein. Zusätzlich wollen wir das Angebot der Plattdeutsch-Kurse an Kindergärten, Schulen und Volkshochschulen erweitern.
Die Fritz-Reuter-Bühne ist das bedeutendste niederdeutsche Theater-Ensemble in unserem Land und muss aufgewertet werden. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein solches Aushängeschild für seine eigene Sprache.
Im Rundfunkrat werden wir uns dafür einsetzen, dass der öffentlich-rechtliche NDR den Wortanteil up Platt in Radio und TV deutlich erhöht und nicht nur zu Randzeiten ausstrahlt.

KAPITEL 12

FÜR UNSERE UMWELT: WINDKRAFTWAHN STOPPEN!

istockphoto.com | aluxum

Die AfD steht für eine bezahlbare, sichere und zukunftsfähige Energieversorgung. Aber mit der sogenannten Energiewende, die von allen anderen Parteien getragen wird, passiert genau das Gegenteil. Wir zahlen mittlerweile mit die höchsten Strompreise weltweit, dennoch versenken die Altparteien immer noch mehr Milliarden auf Kosten der Bürger in ihre völlig fehlgeleitete Energiepolitik. Zudem wird die Gefahr von Netzinstabilitäten mit der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke bis 2022 noch weiter steigen, wodurch Stromausfälle bis hin zu einem kompletten Blackout drohen.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind zusätzlich benachteiligt. Immer mehr Windindustrieanlagen verschandeln unsere Landschaft, und die teuren Netzentgelte für den Transport des hier produzierten Stroms aus Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen treiben den Strompreis hoch. Dem stehen wiederum die niedrigsten Einkommen gegenüber. Um diesen Irrweg zu beenden, brauchen wir eine funktionierende, nachhaltige Energiewirtschaft.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen

Die AfD setzt sich für eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein. Das EEG kommt uns teuer zu stehen. Es hat die Energiekosten auf ein Niveau getrieben, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet. Insbesondere für Branchen mit einem hohen Stromverbrauch wird Deutschland als Standort zunehmend unattraktiv. Dies gefährdet viele Arbeitsplätze.

Keine weitere Verspargelung unserer Landschaft

Bis 2050 sollen die CO2-Emissionen um bis zu 95 Prozent sinken. Wenn gleichzeitig die fast emissionsfreien Kernkraftwerke abgeschaltet werden, bedeutet das für Mecklenburg-Vorpommern einen weiteren dramatischen Ausbau insbesondere von Windkraftanlagen. Das würde dazu führen, dass es in unserem Land kaum noch einen Ort gäbe, an dem man einen freien Blick auf unsere Heimat hat. Diese Entwicklung müssen wir gemeinsam stoppen.

Für den Schutz unserer Bürger werden wir die sogenannte 10H-Regelung einführen. Damit müssen Wind-

industriegebiete einen Mindestabstand zur Wohnbebauung einhalten, der der zehnfachen Höhe der Anlagen entspricht. So könnten beispielsweise 240 m hohe Windräder erst 2,4 km entfernt von Wohnhäusern gebaut werden. Damit wäre ein weiterer massiver Windkraftausbau praktisch gestoppt.

Zur immer stärkeren Belastung der Anwohner kommen die ungeklärte Entsorgung von Altanlagen und sehr negative Folgen für die Umwelt hinzu. Windräder im Umfeld von Wald- und Schutzgebieten sollen generell untersagt werden, um die direkte Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen auszuschließen und das Brut- und Balzverhalten unserer heimischen Wildtiere nicht zu beeinträchtigen.

Außerdem fordern wir, die Entscheidungskompetenz der betroffenen Kommunen bei der Ausweisung und Errichtung von Windkraftanlagen signifikant zu stärken.

Ausbau moderner Gaskraftwerke vorantreiben

Moderne Gaskraftwerke zählen zu den saubersten fossilen Energieerzeugern auf dem Markt. Durch „Nord Stream“ ist Mecklenburg-Vorpommern langfristig und sicher mit Erdgas versorgt. Diese Chance einer kostengünstigen Energieerzeugung muss genutzt werden. Durch den Bau moderner grundlastfähiger Kraftwerke wird zudem die Netzstabilität erhöht und die Gefahr von Blackouts durch „EE-Anlagen“ verringert.

Betrieb bestehender Kohlekraftwerke

Wir lehnen eine Abschaltung moderner Kraftwerke vor dem Ende ihrer technischen Laufzeit ab. Steuerfinanzierte Zahlungen, die die Abschaltung wirtschaftlich attraktiver machen als den Weiterbetrieb, wollen wir abschaffen.

Photovoltaikanlagen nur auf geeigneten Flächen

Die Flächenkonkurrenz zwischen Photovoltaikanlagen sowie Nahrungs- und Futtermittelproduktion muss stets zu Gunsten der landwirtschaftlichen Nutzung ausfallen. Innovative Ansätze einer Mischnutzung sind dabei hinsichtlich ihrer Eignung zu prüfen.

Erforschung von Zukunftstechnologien in MV

Die Erforschung von Zukunftstechnologien der Energiewirtschaft soll in Mecklenburg-Vorpommern eine zentrale Bedeutung bekommen. Neben dem bereits laufenden Projekt "Wendelstein 7-X" am Max-Planck-Institut in Greifswald, das gefahrlose Stromerzeugung durch Kernfusion erforscht, soll an unseren Universitäten auch die Kernspaltung mittels neuer Reaktorkonzepte eine Rolle in Forschung und Lehre spielen. Ziel muss das Betreiben eines hochmodernen, havariesicheren Forschungsreaktors der Generation 4.0 sein. Die AfD strebt daher auf Bundesebene auch den Beitritt zur Forschungsgemeinschaft "Generation IV International Forum" an.

Bei der Forschung an technischen Innovationen ist Technologieoffenheit zu wahren. So ist auch die Entwicklung von zukunftsweisenden Ideen beim Thema Wasserstoff grundsätzlich zu begrüßen. Wasserstoff kann ein interessanter Energieträger sein, wenn er energieeffizient produziert werden kann und marktfähig ist.

Biogasanlagen in Nahversorgungsnetze einbinden

Die zahlreichen Biogasanlagen in Mecklenburg-Vorpommern sind in vielen Agrarbetrieben wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Betriebskreisläufe. Für die Verwertung von betrieblichen Reststoffen sind diese sinnvoll. Anlagen aber, die entkoppelt von Landwirtschaftsbetrieben der reinen Energieerzeugung dienen, sind aus Gründen der Flächenkonkurrenz zum Nahrungsmittelanbau nicht weiter zu fördern.

Moderne Entsorgungswirtschaft

Die Weiterverwendung von Kunststoffen bleibt seit Jahrzehnten hinter den Erwartungen zurück, während die Entsorgung zu einer Belastung für andere Länder wird.
Die Forschung an der Wiederverwertung von Kunststoffen und die Einrichtung geeigneter Anlagen sollen die Wiederverwertungsquote erhöhen und eine sichere, saubere Entsorgung gewährleisten. Unser Bundesland soll zu einem Kompetenzträger der modernen Müllwirtschaft werden. Moderne und sichere Entsorgungseinrichtungen sind im Land zu betreiben, der Export unseres Mülls ist abzulehnen.

Munitionsbeseitigung

Die Belastung durch Munition ist im Land und an der Küste nach wie vor ein großes Problem. Der Waldbrand in Lübtheen 2019 hat dies wieder deutlich gezeigt. Von diesen Altlasten geht eine ständige Gefahr für Leib und Leben aus.
Zudem hindert sie Gemeinden an ihrer Entwicklung, da Gebiete noch nicht geprüft und geräumt sind. Der Kampfmittelräumdienst ist darum zu stärken und das Finanzierungswirrwarr zwischen Bund, Land und Kommunen abzubauen.

KAPITEL 13

LANDWIRTSCHAFT UND NATURSCHUTZ: LEBEN MIT DER NATUR

istockphoto.com | shironosov

Landwirtschaft wertschätzen

Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von seiner jahrhundertealten Kulturlandschaft. Dazu gehören auch die weiten Agrarflächen, deren Potential weiterentwickelt werden muss. Wir stehen für in der Region verankerte, inhaber- und familiengeführte Betriebe als Leitbild einer zukunftsfähigen Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind der wirtschaftliche Motor der ländlichen Räume. Darüber hinaus gilt es, eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage der örtlichen Ressourcen auf den Weg zu bringen.

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit wieder ins Bewusstsein der Bürger gerufen.
Für uns bleibt die Produktion von Nahrungsmitteln in eigener Regie unabänderliche Grundlage für den Erhalt von sicheren Lebensmitteln.

Integrierter Pflanzenbau als Ackerbaustrategie

Der hohe Ausbildungsstand unserer Landwirte, kombiniert mit moderner Technologie, ist Garant für die Reduzierung der Pflanzenschutzmittel auf ein notwendiges Mindestmaß, zum Wohle der Natur und des Verbrauchers. Bodenschonende und nachhaltige Anbauverfahren sind zu fördern, moderne Pflanzenzüchtungsmethoden garantieren die Ertragsstabilität von morgen. Der Bedeutung von Wirtschaftsdüngern für den Aufbau einer gesunden Bodenstruktur muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Praxistaugliche Vorschriften sind hierfür die Grundvoraussetzung.
Die landwirtschaftlichen Gunststandorte müssen der Produktion hochwertiger Agrarrohstoffe vorbehalten bleiben, um eine optimale Ressourcennutzung zu gewährleisten. Staatliche Vorgaben der Bewirtschaftungsweise sind abzulehnen; hier gilt die freie Entscheidung der landwirtschaftlichen Unternehmer.

Höhere Tierhaltungsstandards bei fairen Erzeugerpreisen

Höhere Haltungsstandards unter dem Aspekt des Tierwohls müssen mit wirtschaftlich tragfähigen Übergangsfristen umgesetzt werden, die steigenden Produktionskosten müssen sich im Erzeugerpreis widerspiegeln.

Zur Vermeidung langer Transportwege sind regionale Haltung und Schlachtung wieder verstärkt zu koppeln. Unnötige Bürokratielast ist dringend abzubauen. Überzogene Hygienevorschriften dürfen nicht zum Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung kleinerer Betriebe werden. Das betäubungslose Schächten lehnen wir ab.

Aktive Strukturpolitik bei Bodenverkäufen und Verpachtung

Um die Konzentration von Ackerland auf wenige, oftmals noch dazu landwirtschaftsferne Eigentümer zu begrenzen, muss die öffentliche Hand im Rahmen von Vorkaufsrechten aktiv in den Bodenmarkt eingreifen können. Landverkäufe und -verpachtungen sollen vorrangig an Betriebe erfolgen, deren Eigentümer oder Bewirtschafter in der Region leben.

Perspektiven für Junglandwirte

Wir wollen Junglandwirte und Existenzgründer bei der Übernahme oder Neugründung von Betrieben stärker unterstützen. Hier muss das Land als größter Flächeneigentümer eine stärkere Rolle im Hinblick auf eine aktive Strukturpolitik übernehmen.

Neue Märkte erschließen, Rohstoffwende einleiten

Neben der Bereitstellung hochwertiger Lebensmittel bietet die Landwirtschaft große Potentiale für die Gewinnung nachhaltiger Roh- und Baustoffe. Wir wollen die Bioökonomie im ländlichen Raum als starken Wirtschaftszweig weiter ausbauen. Diese verfügt über ein hohes Wertschöpfungspotential und gut bezahlte Arbeitsplätze.
Den landwirtschaftlichen Betrieben wird dadurch die Möglichkeit einer stärkeren Diversifizierung geboten, neue Märkte können erschlossen und die Krisensicherheit erhöht werden.

Herkunftsbezeichnungen schützen lassen

Viele Unternehmen in Deutschland führen Produkte oder Marken, die den Namen geografischer Orte oder Gebiete aus Mecklenburg-Vorpommern tragen. Es kann jedoch nicht sein, dass Rügener Käse in Thüringen und Pommersche Streichwurst in Niedersachsen hergestellt werden. Dies ist irreführend für die Verbraucher. Um weiterhin die geschützten geografischen Angaben nutzen zu können, müssten Unternehmen ihre Standorte in die jeweilige Region verlegen, was

dem Arbeitsmarkt und der Gesamtwirtschaft in der Region dienlich wäre. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die geografischen Bezeichnungen Mecklenburg, Vorpommern, Rügen etc. als geschützte geografische Angabe beim Deutschen Patent- und Markenamt sowie bei der Europäischen Kommission eingetragen werden. Schutzsiegel bieten den Kunden eine Garantie für regionale Herstellung und Qualität. Sie fördern damit ein heimatbewusstes Kaufverhalten.

Landeseigene Forschungseinrichtungen erhalten

Die Vernetzung von Forschung und Praxis ist Grundlage des Erfolgs der deutschen Landwirtschaft seit zwei Jahrhunderten. Dieses Erbe darf nicht verspielt werden. Hierfür wollen wir die im Land ansässigen Einrichtungen erhalten und die Vernetzung mit privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen ausbauen.

Alte Sorten bewahren

Der Sortenschutz garantiert die Entwicklung zukunftsfähiger Nutzpflanzen. Patente auf alte Kultursorten sind dagegen abzulehnen. Sie sind Bestandteil des Kulturerbes und müssen es auch bleiben.

Dem landeskulturellen Wert alter Nutztierrassen muss eine stärkere Bedeutung, auch als Genpool für moderne Züchtungen, beigemessen werden.

Kulturlandschaft pflegen, heimische Artenvielfalt erhalten

Der vielfältige Natur- und Kulturraum Mecklenburg-Vorpommerns ist Reichtum und Aufgabe zugleich. Intakte Ökosysteme und reizvolle Landschaften müssen im Einklang stehen mit den Ansprüchen der menschlichen Nutzung.
Unser Land beheimatet zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Ihr Schutz muss einen hohen Stellenwert genießen. Nur gemeinsam können wir unsere artenreiche Kulturlandschaft erhalten und pflegen. Dafür sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen notwendig. Zurückkehrenden Arten wie Wolf, Wisent und Elch muss nach Möglichkeit Platz geboten werden. Eine ungehinderte Ausbreitung in die vom Menschen geschaffene und genutzte Kulturlandschaft lehnen wir jedoch ab.

Imkerei fördern

Insbesondere junge Menschen müssen für die Haltung von Bienen begeistert werden, damit das Imkerhandwerk auch morgen noch in den Dörfern unserer Heimat vorzufinden ist. Durch eine gezielte Kooperation der Imker mit Bildungseinrichtungen soll das Bewusstsein und die Begeisterung für dieses Handwerk geweckt werden.

Insektenschutz auf wissenschaftlicher Grundlage

Wir brauchen eine umfassende Erforschung der Insektenpopulation. Nur so können die Schwankungen der Populationsgröße verstanden und sinnvolle Maßnahmen eingeleitet werden. Eine einseitige Schuldzuweisung in Richtung Landwirtschaft ist nicht zielführend.

Mehr Ehrlichkeit in der Nitratdebatte

Die aktuelle Düngeverordnung stellt eine große Belastung für die Betriebe dar und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten. Das Nitratmessstellennetz ist daher deutlich auszubauen und repräsentativer zu gestalten, um die Benachteiligung unserer Landwirte durch hohe Auflagen auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren. Nur so ist eine ehrliche Abbildung der Nitratbelastung möglich. Die Binnendifferenzierung muss bei der Restriktion der Düngung im Vordergrund stehen.

Zukunft für die Fischerei

Die Fischerei an den Küsten und auf den Seen prägt das Bild unserer Kulturlandschaft seit Jahrhunderten. Sie ist und bleibt Bestandteil unserer kulturellen Identität. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Stellnetzfischerei in unseren Küstengewässern. Fangquoten für Berufs- und Hobbyfischer müssen im Einklang mit ökonomischen und ökologischen Forderungen stehen. Die Verpachtung der landeseigenen Gewässer darf nur an ortsansässige Fischer erfolgen, eine bundesweite Ausschreibung lehnen wir ab. Die Vermarktung und Verarbeitung heimischer Fischereiprodukte muss stärker gefördert werden.

Mehr Artenvielfalt beim Waldumbau

Die großen zusammenhängenden Waldflächen in Mecklenburg-Vorpommern spielen eine wichtige Rol-

le als Ökosystem und Ressourcenquelle. Sie stehen für Artenvielfalt und sind für die Erholung der Menschen von großer Bedeutung.
Im Hinblick auf eine verstärkte Nutzung des nachhaltigen Baustoffs Holz ist der Forstwirtschaft im Land wieder mehr Bedeutung beizumessen.

Jagd - traditioneller Umweltschutz

Jagd stellt für uns aktiven Natur- und Tierschutz dar. Die moderne Jagd ist nicht nur die traditionellste Form der Fleischgewinnung, sondern auch ein wichtiges Instrument, um naturnahe, standortgerechte Wälder zu etablieren und unsere vielfältige heimische Flora und Fauna zu erhalten. Darüber hinaus leistet die Jagd einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Tierseuchen. Die Jagd stellt an den Jäger hohe Ansprüche in Bezug auf handwerkliches Geschick und wildbiologische Kenntnisse.
Bei der Festlegung der Abschusspläne setzen wir auf eine enge Abstimmung zwischen Grundbesitzern und Jägern, nach Möglichkeit auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, z.B. durch Verbissgutachten und die Bewertung von Schälschäden.

KAPITEL 14

BAUEN UND WOHNEN: DAS EIGENE HEIM ERMÖGLICHEN!

istockphoto.com | evgenyatamanenko

Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen dürfen kein Luxus sein. Wir werden die Schaffung von Wohneigentum unterstützen, um unseren Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern eine attraktive Lebensperspektive zu geben. Den Ausbau von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum weiter zu unterstützen, ist für uns selbstverständlich.

Steuerfreier Grundbedarf an Wohnraum

Im Zuge der Grundsteuerreform soll Mecklenburg-Vorpommern die Länderöffnungsklausel nutzen und eigene Regelungen erarbeiten.
So wollen wir die Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien senken. Für Einzelpersonen sollen 45 m², für ein Paar 60 m² sowie für jedes weitere Haushaltsmitglied 15 m² Wohnraum grundsteuerfrei sein. So werden insbesondere Familien entlastet.

Grunderwerbsteuer senken

Mit sechs Prozent Grunderwerbsteuer liegt Mecklenburg-Vorpommern über dem Bundesdurchschnitt. Diese Steuer erschwert den Bürgern den Erwerb von Wohneigentum und ist im Vergleich zur Einkommensstruktur unsozial. Die Höhe der Grunderwerbsteuer muss im Interesse der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns gesenkt werden.
Um Anreize zu schaffen, in Mecklenburg-Vorpommern zu investieren, sollte über steuerliche Vorteile nachgedacht werden. Eine nachhaltige, regionaltypische Bauweise, sozialverträgliche Mieten oder Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen können Erstattungsfaktoren sein.

Bürokratieabbau und Vereinfachung bei Bauanträgen

Wir fordern kürzere gesetzliche und standardisierte Fristen für die behördliche Bauantragsprüfung und Entscheidungsfindung.
Wir setzen uns zudem für eine bessere und schnellere Digitalisierung im Bereich der Bauämter ein und werden die Kommunen bei der Umsetzung von digitalen Verwaltungsdienstleistungen finanziell unterstützen.
Um kleine Bauvorhaben bürokratieärmer zu ermöglichen, fordern wir, das baugenehmigungsfreie Bauen für Carports von bisher 30 m² auf 50 m² sowie für Gartenschuppen und ähnliche Nebengebäude von 10 m²

auf 20 m² zu erweitern. Dies entlastet die Bauämter und verkürzt Wartezeiten. Zudem wollen wir das Bauen in Außenbereichen einfacher gestalten.

Bezahlbaren Wohnraum erhalten und entwickeln

Für uns bedeutet sozialer Wohnungsbau in erster Linie Erhalt von bezahlbarem Wohnraum, der den Lebensstrukturen in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern angepasst ist. Die AfD fordert daher, dass Baugenossenschaften unterstützt werden und kommunales Wohneigentum erhalten bleibt.

Zudem dürfen wir über die Förderung des Tourismus die Einheimischen nicht vergessen. Wir wollen sie vor Verknappung und Verteuerung des Wohnraums in gefragten Urlaubsregionen schützen.

Leerstehende Wohneinheiten sollten den Anforderungen entsprechend nutzbar gemacht werden. Mit Hilfe von Fördermitteln können Teilabrisse und eine Sanierung nach stadtplanerischen Erfordernissen, neuesten technischen Standards und den Bedürfnissen der Bürger unterstützt werden.

Vom Verfall bedrohte Bausubstanz retten

Nicht selten verschandeln leerstehende, vom Verfall bedrohte Häuser das Bild unserer Städte und Dörfer. Gerade historische Häuser in den Stadtzentren müssen vor Verfall und Zerstörung besonders geschützt werden. Wir werden den Kommunen ermöglichen, vor der Entstehung stärkerer Schäden zugreifen zu können, um wertvolle Bausubstanz und Wohnraum zu erhalten.

Kleingartensiedlungen, Wochenendgärtner und Siedlungsvereine unterstützen

Die AfD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für historisch gewachsene Vereine ein. Dazu zählen auch Kleingarten- und Wochenendsiedlungsvereine. Solche Wochenendgrundstücke dienen der Freizeitgestaltung, Erholung und Eigenversorgung unserer Bürger. Bei der Stadtentwicklung müssen auch die Interessen der Kleingärtner angemessen berücksichtigt werden

WIR BRAUCHEN IHRE SPENDE!

Spendenkonto AfD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

IBAN: DE13 1405 2000 1713 8222 17

BIC: NOLADE21LWL Bank: Sparkasse Mecklenburg-Schwerin

AfD Mecklenburg-Vorpommern
Woldegker Straße 27
17033 Neubrandenburg
info@afd-mv.de
www.afd-mv.de

V.i.S.d.P.: AfD Mecklenburg-Vorpommern - Pressestelle - Woldegker Straße 27 - 17033 Neubrandenburg - info@afd-mv.de | Titelfoto: istockphoto.com - Importhand